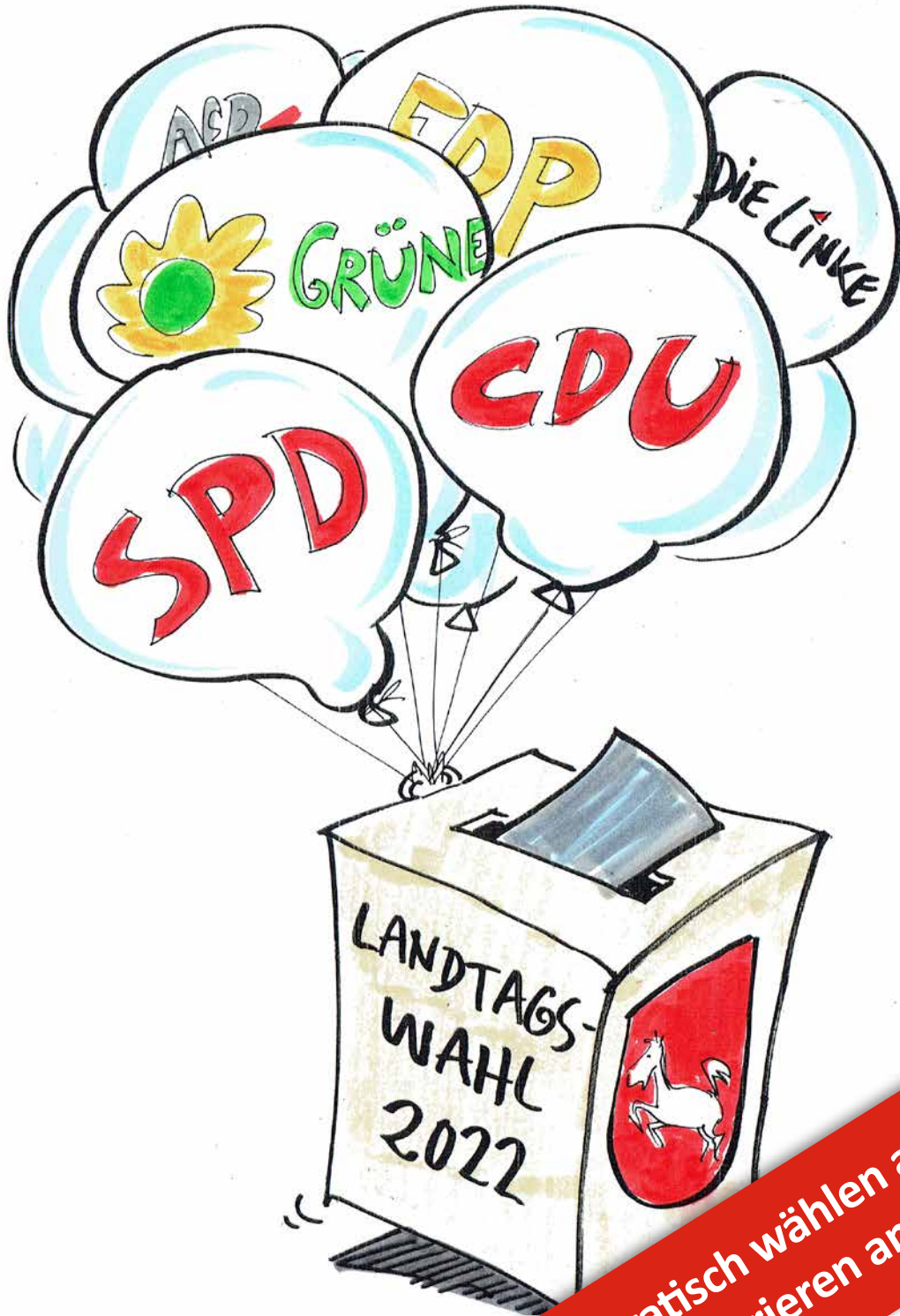


Bildungsmagazin

# E&W Niedersachsen





Titel: Michael Hüter

# Inhalt

## Schwerpunkte

- GEW-Pressekonferenz zum neuen Schuljahr
- Aussagen der Landesparteien zur Bildungspolitik
- Schulsozialarbeit in Niedersachsen: In welche Richtung geht die Entwicklung?
- Bekenntnisfreie Schulen?
- Wie geht es weiter mit der Besoldung in Niedersachsen?

## Zeitgeschehen

- Gewissenserziehung
- Niedersächsischer Landtagsbeschluss zu Berufsverboten
- AfD unter 5-Prozent-Hürde?

## Aus der Organisation

- 04 Sonderpädagogik: Was bringt die Kolleg\*innen auf die Palme?
- 06 Landesfachgruppe Schulbehörden
- 12 Inflationsausgleich auch für Rentner- und Pensionär\*innen
- 14 Lüneburg: Neue Geschäftsstelle eingeweiht
- 15 Friesland: Fusion zweier Kreisverbände im Nordwesten
- Rezension: Putin
- AJuM: Neues vom Büchermarkt
- LesePeter
- 16 Verstorbene
- 18 Jubilar\*innen
- Aktuelles aus der Personalratsarbeit
- Nachruf
- Termine

## Impressum

**Herausgeber:**  
 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
 Niedersachsen, Berliner Allee 16  
 30175 Hannover, Telefon 0511 / 33804-0  
 Fax: 0511 / 33804-46, presse@gew-nds.de  
 www.gew-nds.de  
**Landesvorsitzender:** Stefan Störmer  
**Redaktionsleitung (Verantwortlicher Redakteur):**  
 Christian Hoffmann  
**Redakteurin:** Nicole Pusch  
**Postanschrift der Redaktion:**  
 Berliner Allee 16, 30175 Hannover  
 Fax 0511 / 33804-21  
 E-Mail: c.hoffmann@gew-nds.de  
 Das Bildungsmagazin E&W Niedersachsen erscheint sieben- bis neunmal jährlich. (Doppelausgaben im Sommer und Winter). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (inkl. MwSt.).  
**Redaktionsschluss** ist der 10. Januar, der 1. Februar, der 1. März, der 1. Mai, der 1. Juli, der 1. September und der 1. November 2022. Später eingehende Texte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Texte besteht keinerlei Anspruch auf Berücksichtigung, zudem wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.  
**Verlag mit Anzeigenabteilung:**  
 STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16  
 45134 Essen, Tel. 0201 / 84300-0  
 Fax: 0201 / 472590  
 E-Mail: anzeigen@stamm.de  
 Internet: www.erziehungundwissenschaft.de  
**Verantw. für Anzeigen:** Mathias Müller  
 Gültige Preisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2019  
 Anzeigenschluss siehe Terminplan  
**Editorial Design:** Aron Jungermann  
 mediendesign | aronjungermann, Bad Münde  
**Druck:** DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K.  
 Bergstraße 19, 31688 Nienstädt  
 Tel. 0511 / 621162

Redaktionsschluss der E&W Dezember 2022/Januar 2023 ist der 1. November 2022.  
 Sie erscheint am 25. November 2022.



# Kommt am 5. Oktober zur bildungspolitischen Demo nach Hannover!

Das aktuelle Schuljahr hat mit viel zu wenig Personal und erheblichen Zusatzbelastungen für alle Schulbeschäftigten begonnen – wie üblich. Ursprünglich wollte das Land 2.290 Stellen ausschreiben, doch am Ende wurden es rund 200 weniger, damit per Zahlentrickserei (schon wieder) wenigstens letztlich der Wert von 80 Prozent besetzter Stellen erreicht wird. Diese Zahlen decken den eigentlichen Bedarf in den Schulen erneut keinesfalls ab. Noch immer fehlen überdies die gerechten Bezahlungen für Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Real- und Oberschulen sowie bei den Fachpraxislehrkräften – ebenfalls nichts Neues. Die dynamische Zulage für Therapeut\*innen (um wenigstens auf die Bezahlung der pädagogischen Kolleg\*innen zu kommen) lässt ebenfalls weiter auf sich warten – wie auch die zweite Stunde der Altersermäßigung. Die finanzielle Lage der Versorgungsempfänger\*innen interessiert den Finanzminister ohnehin nicht wirklich – ihre Schlechterstellung scheint Normalität zu werden. **Doch „normal“ ist das alles nicht!** Denn selbst diese Aufzählung ließe sich mit vielerlei Themen schier unendlich weiterführen, während Flickwerk, Hinhaltetaktik und Notfallpläne zum Standard werden.

Daher rufen wir alle GEW-Mitglieder und alle Schulbeschäftigten – und natürlich auch weitere, die unsere bildungspolitischen Forderungen unterstützen – in Niedersachsen auf, unsere Forderungen bei unserer Demo mit Kundgebung vor der Staatskanzlei lautstark zu unterstützen.

Der Demo-Zug wird am 5. Oktober um 15.30 Uhr am Weißekreuzplatz Hannover starten und um 17 Uhr in eine Kundgebung am Sitz des Ministerpräsidenten münden: **„Da fehlt doch wer?! – SO GEHT'S NICHT MEHR!“** (Details im Internet unter [www.gew-nds.de/gew/5oktober](http://www.gew-nds.de/gew/5oktober)). Wir freuen uns darauf, euch zu treffen und gemeinsam mit euch Flagge für eine bessere Bildung zu zeigen.

Mit solidarischen Grüßen

Sabine Kiel  
Stefan Störmer  
Holger Westphal  
Vorsitzenden-Team der  
GEW Niedersachsen



GEW-Demonstration am 5. Oktober 2022 in Hannover

**„Da fehlt doch wer?!“ –  
SO GEHT'S NICHT MEHR!**

Start: 15.30 Uhr am Weißekreuzplatz beim Hbf

Kundgebung: Ab 17 Uhr vor der Staatskanzlei (Planckstraße)

[www.gew-nds.de/gew/5oktober](http://www.gew-nds.de/gew/5oktober)

Erziehung und Wissenschaft  
Gewerkschaft  
Niedersachsen **GEW**

© 2022 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen. Alle Rechte vorbehalten. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Planckstraße 1, 30173 Hannover, Tel. 0511 2388-0, Fax 0511 2388-100, E-Mail: erziehung@gew-nds.de, www.gew-nds.de

Erfolgreiche GEW-Pressekonferenz zum neuen Schuljahr

# Umfrage: Menschen wollen Bildungsinvestitionen Nachtragshaushalt von 1 Milliarde Euro nötig 10.000 Schulbeschäftigte fehlen

Der GEW-Landesverband Niedersachsen hat Ende August eine zusätzliche Milliarde Euro für die Bildung in Niedersachsen verlangt. Unmittelbar nach der Landtagswahl im Oktober soll aus Sicht der Bildungsgewerkschaft parteiübergreifend sofort ein entsprechender Nachtragshaushalt erstellt werden, der vor allem den Lehr- und Fachkräftemangel im Schuldienst bekämpft. Die GEW bemängelte bei ihrer Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn zudem, dass an den rund 3.000 niedersächsischen Schulen mindestens 10.000 Schulbeschäftigte fehlen.

„Die bildungspolitische Bilanz aller Landesregierungen der vergangenen 20 Jahre ist dramatisch schlecht. Der Lehr- und Fachkräftemangel sowie die Dauerüberlastung der Schulbeschäftigten sind echte Alarmsignale. 2021 haben zum Beispiel rund drei Viertel aller Lehrkräfte nicht die Regelaltersgrenze erreicht, sondern sind vorher in Pension oder Rente gegangen. Zudem können aktuell offensichtlich wieder nur rund 80 Pro-

zent der Lehrkräfte-Stellen besetzt werden“, kritisierte der GEW-Landesvorsitzende Stefan Störmer vor zahlreichen Medienvertreter\*innen in Hannover. Nach der Landtagswahl sei es dringend an der Zeit, die Attraktivität der Arbeit in den Schulen erheblich zu verbessern und einen parteiübergreifenden Nachtragshaushalt für die Bildung zu erarbeiten. „SPD, CDU, FDP und Grüne sind in unterschiedlichen Regierungskonstellationen an der Gesamtproblematik gescheitert. Nun müssen sie eine gemeinsame Investitionsoffensive starten. Wir fordern sofort eine Milliarde Euro für die Bildung. Später müssen diese Investitionen dann fortgesetzt werden“, machte Störmer klar.

## Keine Leugnung mehr

Störmers Stellvertreter Holger Westphal verbuchte es als Erfolg der GEW, dass der eklatante Personalmangel endlich in allen demokratischen Parteien erkannt worden sei. Lediglich die konkrete Zahl werde noch diskutiert, auch weil das Kultusministe-

rium den echten Bedarf nicht offen ausweise. „Wir gehen von mindestens 10.000 Lehr- und Fachkräften aus, die aktuell an unseren Schulen fehlen“, sagte er. Diese seien auch in den multiprofessionellen Teams und in der Schulsozialarbeit vonnöten. „Die Ausbildungskapazitäten an Hochschulen und Studienseminaren müssen erheblich ausgeweitet werden. Dabei ist eine enge Abstimmung zwischen den Ministerien für Kultus einerseits und Wissenschaft andererseits nötig“, betonte er. Die GEW kritisierte überdies, dass in Niedersachsen nicht einmal ausreichend für den eigenen Bedarf ausgebildet werde. Im Sommer 2022 verließen knapp 1.470 Absolventinnen die Studienseminare, gleichzeitig werden für den Schuljahresbeginn jedoch bis zu 2.300 Stellen ausgeschrieben.

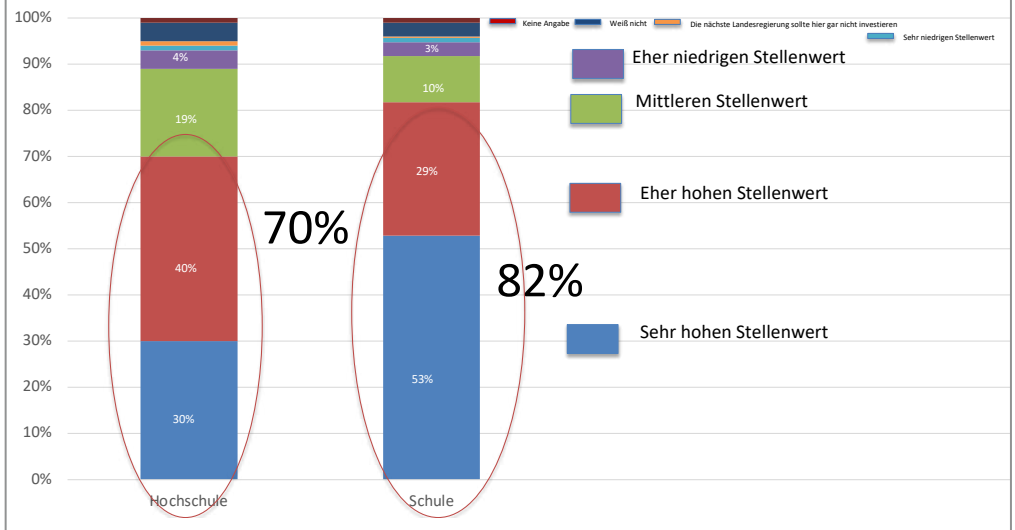
Störmer verlangte die Belastung aller Schulbeschäftigten unverzüglich zu senken, um letztlich mehr Menschen gesund im System halten zu können. „Dazu gehört auch die Senkung der Unterrichtsverpflichtung, beginnend mit einer Stunde weniger für die Grundschullehrkräfte – weitere Schritte und Schulformen müssen schnellstmöglich folgen. Zudem muss die zweite Stunde der Altersermäßigung wieder eingeführt werden. Die Bezahlung der Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen nach A 13 oder E 13 wie in den anderen Schulformen ist schnellstens umzusetzen. Auch die Fachpraxislehrkräfte müssen rasch A 10 oder E 10 bekommen. Und die Therapeut\*innen an Schulen sind durch eine dynamische Zulage endlich wie die pädagogischen Fachkräfte zu bezahlen“, listete der Landesvorsitzende wichtige Beispiele in Richtung einer künftigen Landesregierung auf. Diese und weitere Positionen für die Parteien und ihre Kandidierenden hat die GEW zudem in der Kurzbroschüre „Das muss die nächste Landesregierung anpacken!“ zusammengefasst (zu finden auf [www.gew-nds.de](http://www.gew-nds.de)).



Foto: Nadine Karminski

Holger Westphal (links) und Stefan Störmer

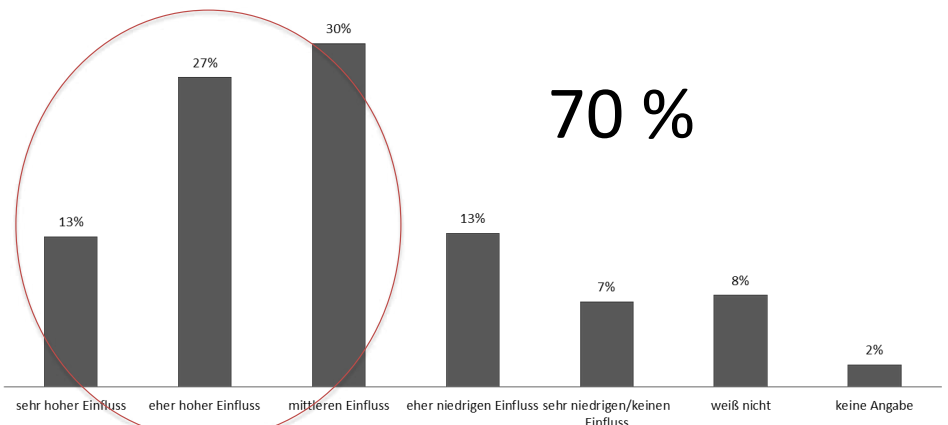
### Welchen Stellenwert sollten Investitionen in Schulen, Hochschulen Ihrer Meinung nach für die nächste niedersächsische Landesregierung haben?



#### Menschen für Investitionen

Nach einer repräsentativen Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere stützen die Wahlberechtigten in Niedersachsen die finanziellen Forderungen der GEW. 70 Prozent der Befragten sagten mit Blick auf die Hochschulen und 82 Prozent in Bezug auf die Schulen, dass Investitionen in die Bildung für die nächste Landesregierung „sehr hohen“ oder „eher hohen“ Stellenwert haben sollten. Bei der bevorstehenden Landtagswahl wird dieser Themenbereich für 70 Prozent der Befragten mitentscheidend sein, fand die Umfrage heraus: 30 Prozent der Niedersächs\*innen sagten, die Bildungspolitik habe einen mittleren Einfluss auf ihre Wahlentscheidung und sogar 40 Prozent bescheinigten einen eher hohen beziehungsweise hohen Einfluss. Auch der Norddeutsche Rundfunk (NDR) veröffentlichte in der Folge Umfrageergebnisse zum Thema Bildung, bei denen die Landesregierung schlecht abschnitt.

### Welchen Einfluss wird die Bildungspolitik auf Ihre Wahlentscheidung bei der nächsten Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022 haben?



#### Kommentar

## Weiter Druck machen

Die Resonanz auf die Pressekonferenz der GEW zum Schuljahresanfang war gewaltig, ein echter Erfolg der Vorarbeit in den Ferien. Von zahllosen Titelseiten und Sendepätze hieß es, dass 10.000 Beschäftigte in Niedersachsens Schulen fehlen – und das System dauerhaft eine Milliarde Euro pro Jahr mehr benötigt. Besonders aufschlussreich war zudem, dass die Journalist\*innen zwei Tage später den Minister bei seiner Pressekonferenz mit allerlei miesen Fakten aus dem Kulturbereich konfrontierten. Im Ergebnis funktionierten die Nebelkerzen seiner eigenen Werbung anschließend in den Medi-

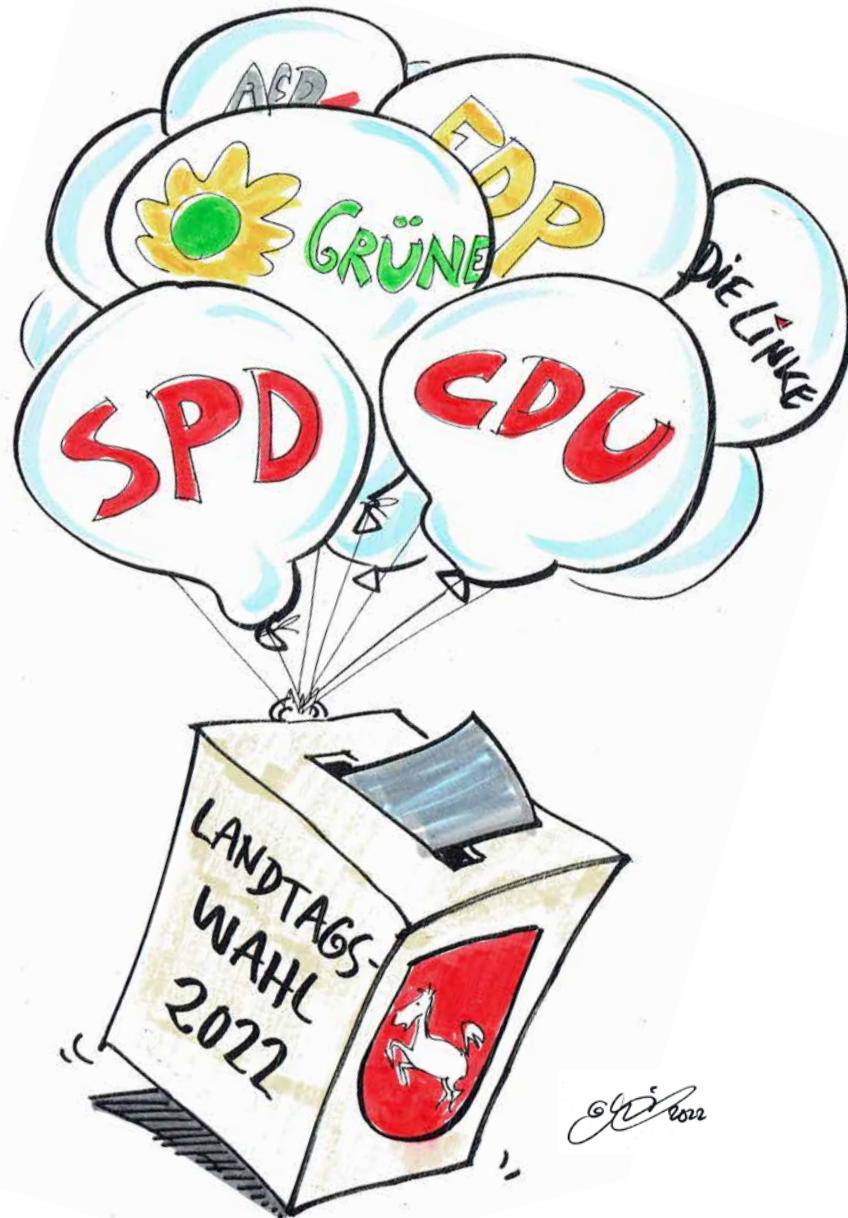
en nur sehr bedingt: Wenige positive Zahlen standen der katastrophalen Gesamtsituation gegenüber. Doch ausruhen dürfen wir uns auf dieser positiven Wirkung der GEW-Arbeit keinesfalls, denn tatsächlich ist noch nichts gewonnen. Nun muss die Demo am 5. Oktober den Druck kräftig hochhalten, damit nach der Landtagwahl (parteiübergreifend) endlich die richtigen Weichen für die überfällige Investitionsoffensive in Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildung gestellt werden.

**Christian Hoffmann**  
Redaktionsleiter



GEW hat zentrale Fragen gestellt und Antworten erhalten

# Aussagen der Parteien zur Bildungspolitik



## Bildungsausgaben

Werden Sie die Bildungsinvestitionen nach der Landtagswahl dauerhaft und deutlich über das derzeitige Haushaltsniveau hinaus erhöhen?

**SPD**  
NIEDERSACHSEN



**CDU**



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



**Freie  
Demokraten  
FDP**



**DIE LINKE.**



Für uns ist und bleibt der Ausbau guter, qualitativer Bildung eines unserer Kernanliegen. In möglichen Koalitionsverhandlungen werden wir für eine höhere Bildungsfinanzierung eintreten.





CDU

Freie Demokraten  
FDP

DIE LINKE.

## Schulsystem

Möchten Sie die Struktur der allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen dauerhaft in der bestehenden Form (Gymnasien, Gesamtschulen, Haupt-/ Real-/ Oberschulen sowie Förderschulen) erhalten?



Setzen Sie sich für ein flächendeckendes, inklusives Schulsystem ein, das mit personell angemessen ausgestatteten multiprofessionellen Teams arbeitet?



## Lehrkräftebildung

Werden Sie die Zahl der lehramtsbildenden Studienplätze sowie der Referendariatsplätze in der kommenden Legislatur deutlich über das bisherige Niveau hinaus erhöhen?



Soll sich die Lehrkräfteausbildung zukünftig an Schulstufen statt Schulformen orientieren?



Werden Sie für neu eingestellte Lehrkräfte und Quereinsteiger\*innen eine zwei- bis dreijährige Berufseinstiegsphase mit begleitendem Beratungs- und Unterstützungssystem einrichten?



## Bezahlung von Schulbeschäftigten

Wollen Sie die Bezahlung von Grund-, Haupt- und Realschullehrkräften nach A 13 / E 13 in der nächsten Legislaturperiode vollständig umsetzen?



Teilen Sie das Ziel der GEW, Fachpraxis-Lehrkräfte künftig mindestens nach A 10 / E 10 zu bezahlen?



Wollen Sie eine dynamische Zulage schaffen, die Therapeut\*innen im Rahmen einer außertariflichen Landesregelung gewährt werden soll, damit diese nicht mehr schlechter bezahlt werden als ihre pädagogischen Kolleg\*innen?





## Entlastung für die Schulen

Die Göttinger Arbeitszeit- und Belastungsstudie war Grundlage von Empfehlungen der „Arbeitszeitkommission“ beim Kultusministerium – ihre Empfehlungen zur Entlastung der Lehrkräfte sind jedoch größtenteils nicht umgesetzt worden.

Wie viele Lehrkräfte fehlen nach Ihren Erkenntnissen derzeit an den rund 3.000 Schulen im Land insgesamt?

**CDU:** Wir werden eine Lehrkräfteoffensive starten und 5.000 neue Lehrerinnen und Lehrer in den nächsten fünf Jahren zusätzlich einstellen.

Mindestens  
**3.000**  
VZLE ca. 7.000

**SPD:** Insgesamt ist es der SPD-geführten Landesregierung im Laufe der Legislatur gelungen, auf einem angespannten Lehrkräftearbeitsmarkt 3.000 Lehrerinnen und Lehrer mehr einzustellen, als aus dem Dienst ausgeschieden sind. Wir haben in Niedersachsen so viele Lehrkräfte und Lehrkräftestunden wie nie zuvor im System. Hierbei bleiben wir momentan und auch nach der nächsten Landtagswahl insbesondere nicht stehen, sondern werden, wenn wir in Regierungsverantwortung kommen, auch weiterhin allen geeigneten Bewerber\*innen ein Angebot zu machen, um so viele Lehrkräfte in Niedersachsen wie möglich einzustellen. Die vom CDU-geführten Finanzministerium durchgesetzte Stellensperre werden wir zurücknehmen. Um dauerhaft für eine gute Ausstattung an Lehrkräften zu sorgen, hat das SPD-geführte Kultusministerium extra eine Steuerungsgruppe „Lehrkräftegewinnung“ eingesetzt.

**Die Grünen:** Zahl fehlender Lehrkräfte laut GEW 7.000 (für gesicherte Unterrichtsversorgung (107 Prozent) inkl. Vertretungsreserve); aber: Ausbau multiprofessioneller Teams reduziert diese Zahl gegebenenfalls.



Werden Sie zusätzliche Anrechnungsstunden schaffen und die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte reduzieren, um deren Überlastung zu verringern?



Nur rund 24 Prozent aller Lehrkräfte erreichten 2021 die Regelaltersgrenze (Pension und Rente). Werden Sie die zweite Stunde der Altersermäßigung wieder einführen, um die Kolleg\*innen länger gesund im System zu erhalten?



**SPD:** Diese Frage müssen wir unbeantwortet lassen, aber werden im Falle von Koalitionsverhandlungen auch diesen Sachverhalt mit in die Gespräche nehmen.

Werden Sie Pädagogische Fachkräfte ausschließlich mit 100-Prozent-Stellen im Schulsystem einplanen?







## Hochschule und Wissenschaft

Soll die Grundfinanzierung der Hochschulen deutlich erhöht und der Anteil des Sockelbetrages im Vergleich zum Gesamtbudget gesteigert werden?



Werden Sie Qualifizierungsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zukünftig als Dauerstellen einrichten?



Werden Sie im Wissenschaftsbereich befristete Stellen weitgehend eindämmen sowie eine Befristungszulage zahlen?



Soll ein Tarifvertrag „TV-Stud“ abgeschlossen werden, der die arbeitsrechtlichen Bedingungen für die studentischen Beschäftigten an den Hochschulen regelt?



Werden Sie das Niedersächsische Hochschulgesetz hinsichtlich der Mitwirkungsrechte für alle Hochschulmitglieder (auch Beschäftigte in Teilzeit) novellieren?



## Erwachsenenbildung

Soll die Finanzierung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen in Zukunft (ohne die Einrechnung von Sondermitteln wie beispielsweise 2018 und 2019) 1 Prozent des Gesamtbudgets ausmachen?



# Versprechungen, die jetzt schon keine mehr sind...

**Wenn von den Laternenmasten in Niedersachsen Menschen auf die Bürger\*innen herunterblicken und mit mehr oder weniger inhaltsfreien Slogans auf sich aufmerksam machen, dann ist klar: Es stehen Landtagswahlen vor der Tür. Die Bürger\*innen haben nun am 9. Oktober die Wahl. Aber was ist von den bildungspolitischen Aussagen der Landesparteien zu halten?**

Zunächst einmal ist zu begrüßen, dass alle Parteien von den Linken bis zur CDU offenbar verstanden haben, dass deutlich mehr Geld ins Bildungssystem gepumpt werden muss als bisher. Um dies zu erreichen, müssten allerdings finanzpolitische Weichen gestellt werden. Und hier kommt es bei einigen Parteien zu Widersprüchlichkeiten. Die Union will deutlich höhere Bildungsausgaben. Zudem sollen die Zahlen der Studien- und Referendariatsplätze für angehende Lehrkräfte aufgestockt werden. Und natürlich werde man der Forderung A 13 / E 13 nachkommen. Der Haken: Dieselbe Partei verspricht gleichzeitig Steuerentlastungen (welche Steuern gesenkt werden sollen, verrät sie leider nicht) und die Einhaltung der Schuldenbremse. Mit anderen Worten: mehr Ausgaben mit weniger Geld. Wie dies zusammenpassen soll, weiß vermutlich auch niemand in der CDU.

## Keine Entlastung

Das Besondere am Bildungs- und Wissenschaftssystem ist, dass die Politik recht unmittelbar als Arbeitgeber oder Dienstherr auftritt. Entscheidungen im Landtag haben damit auch direkt Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen in den Betrieben.

Die enorme Arbeitsverdichtung in Schulen, Hochschulen und der Erwachsenenbildung ist das Ergebnis einer vermeintlich auf Effizienz drängelnden Betriebspolitik, die letztlich dazu geführt hat, dass viele Beschäftigte entweder krank werden oder sich eine Exit-Strategie überlegen. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Und so verwundert es nicht, dass sich nur wenige Abiturient\*innen zum Beispiel für den Beruf der Lehrer\*in entscheiden. Die 2016 veröffentlichte Arbeitszeitstudie der GEW hat bereits damals deutlich gezeigt: Lehrkraft zu sein ist ein Knochenjob. Die Kolleg\*innen arbeiten im Durchschnitt viel zu viel. Aus diesem Grunde hat die im Nachfeld der Studie gebildete Arbeitszeitkommission deutliche Entlastungen gefordert. Die Stundenkontingente müssten runter. Gerade ältere Kolleg\*innen bräuchten Entlastungen. Das Kultusministerium hatte daraufhin einen Elf-Punkte-Plan zur Entlastung im Landtag verkündet, der aber in seinen Kernbereichen nie umgesetzt wurde.

Interessant ist nun, dass sich sowohl CDU als auch SPD und Grüne diesem Vorhaben verweigern. Unsere Frage, ob sich diese Parteien dafür einsetzen, zusätzliche Anrechnungsstunden zu schaffen und die Unterrichtsverpflichtung zu reduzieren, wurde von allen dreien leider mit „nein“ beantwortet. Dagegen werden wir uns wehren, bis substantielle Verbesserungen erreicht wurden. Denn fest steht: Ohne eine Erhöhung der Attraktivität des Lehrberufs werden sich nicht mehr Menschen für das Studium entscheiden. Dies ist ohne echte Entlastung nicht zu erreichen.

Die FDP scheint auf den ersten Blick unserer Forderung nach konkreten Entlastungen für Lehrkräfte zu ent-

sprechen. Allerdings wissen wir aus der Vergangenheit: *Von einer Partei, die permanent von Steuerentlastungen fabuliert, ist eine bessere Bildungsfinanzierung nicht zu erwarten. Dies hat die FDP in der Vergangenheit immer wieder bewiesen.*

## Permanenter Mangel

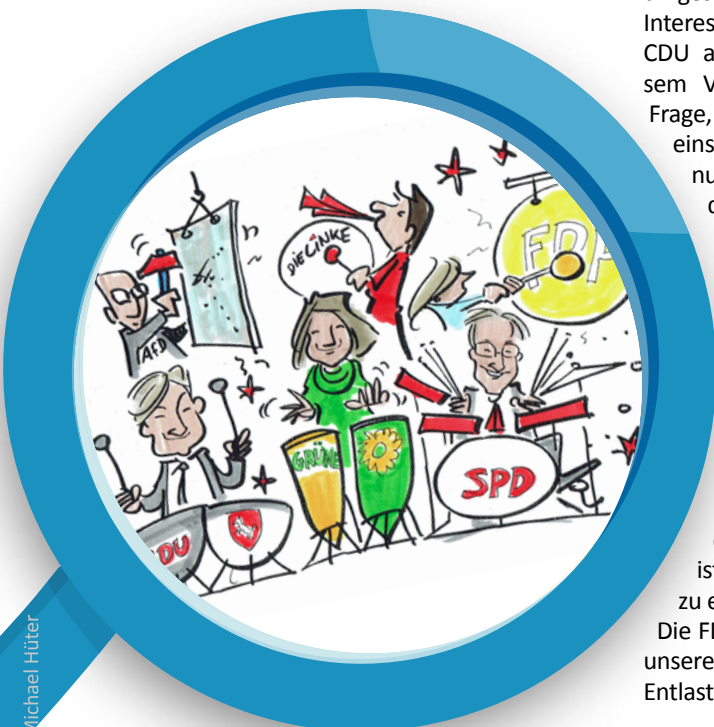
Zudem ist für die nächsten Jahre davon auszugehen, dass der Mangel an Personal in den Schulen (sowie in den weiteren Bildungsbereichen) aufgrund des fehlenden Angebots von Fachkräften nicht beseitigt werden kann.

Es ist daher völlig unverständlich, dass die CDU im Wahlkampf eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent verspricht. Dies wäre nur durch Maßnahmen zu erreichen, die eine zusätzliche Arbeitsverdichtung in den Schulen mit sich brächten: Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung oder der Klassenfrequenzen würde allerdings auf unseren massiven Widerstand stoßen und gleichzeitig dafür sorgen, dass sich künftig noch weniger Menschen für diesen Beruf entscheiden. Unter dem treffenden Motto „Da fehlt doch wer?!“ werden wir daher am 5. Oktober demonstrieren und vor der Staatskanzlei stehen, damit die verantwortlichen Politiker\*innen diese Botschaft nicht vergessen.

In der Erwachsenenbildung sieht es übrigens ähnlich aus. Junge Menschen interessieren sich durchaus für dieses Arbeitsfeld, aber ohne Festanstellungen und angemessene tarifliche Bedingungen bieten sich keine beruflichen und persönlichen Perspektiven. Den Beschäftigten des Hochschulbereichs klingeln hierbei natürlich gehörig die Ohren. Denn auch ihnen fehlen – bei aller Qualifikation – Aussichten auf ein verlässliches Berufsleben in Niedersachsen. Aus den Antworten von CDU und FDP wird klar, dass die beiden dies keinesfalls ändern wollen: Weder sollen befristete Einstellungen eingedämmt, noch Dauerstellen geschaffen werden.

Am Tag nach der Landtagswahl wird die Politik Farbe bekennen müssen. Wir werden genau hinsehen!

**Stefan Störmer**  
Landesvorsitzender





Vorteile für  
GEW-Mitglieder!



# Das junge Girokonto<sup>1</sup>

So leicht kann Banking sein.

- ✓ **Kein Kontoführungsentgelt**  
kostenfrei enthalten: girocard  
(Ausgabe einer Debitkarte)<sup>1</sup>
- ✓ **BBBank Banking-App**  
Apple Pay, Multibanking-Funktion,  
Foto-Überweisung und vieles mehr
- ✓ **Weltweit gebührenfrei<sup>2</sup>**  
Geld abheben mit der  
kostenfreien Visa DirectCard<sup>2</sup>  
(Ausgabe einer Debitkarte)

**150,-<sup>Euro</sup>**  
Jubiläumsprämie<sup>3</sup> von  
August bis Oktober



**Jetzt informieren**  
in Ihrer Filiale vor Ort,  
per Telefon 0721 141-0,  
E-Mail [info@bbbank.de](mailto:info@bbbank.de)  
und auf [www.bbbank.de/gew](http://www.bbbank.de/gew)



Einfach online abschließen:  
[www.bbbank.de/gew](http://www.bbbank.de/gew)

<sup>1</sup> Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.  
<sup>2</sup> 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a., danach 18,- Euro p. a. <sup>3</sup> Voraussetzungen: Die Jubiläumsprämie von 150,- Euro setzt sich aus einem befristeten Jubiläumsbonus von 100,- Euro und einem unbefristeten Startguthaben für GEW-Mitglieder von 50,- Euro zusammen. Voraussetzungen für den Jubiläumsbonus: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.08. und dem 31.10.2022, Neumitglied (keine Mitgliedschaft in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, Geldeingang von 500,- Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung erfolgt in 2 getrennten Buchungen und kann bis zu 4 Wochen dauern.

# In welche Richtung geht die Entwicklung?

**„Wir müssen da sein, wo die Kids sind“ – so lautet der Titel des Buches von Maria Busche-Baumann und Nicole Ermel, das sich mit Schulsozialarbeit in digitalisierten Lebenswelten befasst und dazu animiert hat, die Situation der Kinder und Jugendlichen hier noch einmal zu beleuchten:**

Die Pandemie hat in vielfältiger Hinsicht Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche.

Nicht alle von ihnen sind aber in gleichem Maße betroffen. Trotzdem hat sich die Zeit der Pandemie überwiegend negativ ausgewirkt – besonders bei den Kindern aus Familien, die schon vor der Corona-Zeit einen hohen Bedarf an psycho-sozialer Unterstützung hatten.

Ebenso haben viele Schulsozialarbeitskolleg\*innen ein hohes Aufkommen bezüglich Beratung bei möglicher Suizidgefährdung und Schulabsentismus zu bewältigen. Die Jugendämter äußern die Sorge, dass während des Lock-Downs Fälle von Missbrauch, Gewalt und Vernachlässigung junger Menschen möglicherweise nicht ausreichend erkannt wurden und auch zusätzliche Unterstützungsbedarfe von Kindern, Jugendlichen und Familien entstehen konnten.

Seit Frühjahr 2022 müssen sich die Schulen vermehrt um geflüchtete Kinder und Familien sowohl aus der Ukraine als auch immer noch aus Syrien und Afghanistan zu kümmern. Diese angesprochenen Problemlagen sind zu großen Teilen von allen Akteur\*innen in der Schule zu bewältigen.

2022/2023 bietet sich nun auch durch die Landtagswahl am 9. Oktober dieses Jahres eine reelle Chance für eine positive Veränderung. Wenn die Verantwortlichen in der Landesregierung und im Kultusministerium (MK) möchten, dass „wir da sind, wo die Kids sind“, müssen sie sich auf den Weg machen, das Arbeitsfeld qualitativ zu verbessern. Die „Handlungsempfehlungen zur schulischen Sozialarbeit in Corona-Zeiten“ des MK aus dem Februar 2021 waren ein hoffnungsvoller Beginn.

## Grundlage der Arbeit

Beweggrund für diesen Artikel ist das

Auslaufen des Runderlasses „Sozialarbeit in schulischer Verantwortung“ des Kultusministeriums zum 31. Dezember 2022. Es sind die Gedanken von zwei Schulsozialarbeiter\*innen, denen die Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen und die qualitativ hochwertige Weiterentwicklung ihrer Profession am Herzen liegt. Momentan sehen viele Betroffene einen Stillstand in der Professionalisierung ihres Arbeitsfeldes beim Land Niedersachsen, oft verursacht durch fehlende oder falsche Strukturen (Hierarchie, Personalorganisation) sowie mangelnde Ressourcen (Finanzierung, Ausstattung) in der schulischen Sozialarbeit.

## Evaluation zum Erlass

Es ist zu hoffen, dass die Landesregierung und die regionalen Landesämter für Schule und Bildung einen neuen Runderlass „Sozialarbeit in schulischer Verantwortung“ und eine entsprechend überarbeitete Handreichung auflegen. Bevor 2017 der Erlass „Sozialarbeit in schulischer Verantwortung“ in Kraft trat, wurden im Rahmen einer Verbandsanhörung Fachkräfte aus Schule, LAG Schulsozialarbeit Niedersachsen, GEW, den niedersächsischen Hochschulen für Soziale Arbeit und anderen Verbänden sowohl schriftlich als auch mündlich gehört. Ergebnis dieser gemeinsamen Arbeit war ein Erlass, der einen wirklichen Gewinn für die Schulsozialarbeit des Landes Niedersachsen bedeutete: Die Rahmenbedingungen waren klar umrissen und es war nicht mehr einfach möglich, dass Schulen fernab jeglicher Qualitätsstandards über den Einsatz von Schulsozialarbeiter\*innen entschieden. Nach fünf Jahren ist es Zeit für eine gemeinsame Evaluation, damit wichtige Änderungen vorgenommen werden können.

## Entfristung und Aufstockung

Die Vereinbarung zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Startklar in die Zukunft“ für die Jahre 2021 und 2022 von Bund und Ländern, gültig für zwei Jahre bis 2023 (50-Prozent- beziehungsweise 75-Prozent-Stellen), sollte für den Bereich der Schulsozialarbeit an den bestehen-

den Standorten weiterfinanziert und aufgestockt werden. So könnten mehr Angebote der Schulsozialarbeit bereitgestellt werden, um Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung von Belastungen durch die Coronapandemie und beim Wiedereinstieg in den schulischen Präsenzbetrieb zu unterstützen. In befristeter Form bis 2023 wird das nicht gelingen.

## Finanzetats für Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit hat an keiner niedersächsischen Schule im Schulbudget einen Haushaltsansatz für ihre Tätigkeit. Sämtliche Ausgaben und Investitionen können grundsätzlich nur in Abstimmung mit der Schulleitung und/oder den schulischen Gremien getätigt werden. Ein eigenständiger Handlungsrahmen für die Schulsozialarbeit ist aber ein wichtiges Element von selbstbewusster multiprofessioneller Zusammenarbeit im schulischen Team.

## Lernen aus der Krise

Die Rahmenbedingungen der Schulsozialarbeit müssen insgesamt verbessert werden. Das Land Niedersachsen wird aufgefordert, die Schulsozialarbeit im NSchG zu verankern, die dazugehörige Rahmenvereinbarung (Erlass) und die Ausführungsbestimmungen zum SGB VIII, §13a zum Jahr 2023 neu aufzulegen. Dieses betrifft im Besonderen die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit der kommunalen Jugendhilfe. Eine gemeinsame Schulplanung von Kommune und Land in den jeweiligen Sozialräumen wäre aus Sicht der Autor\*innen sehr wichtig. An dieser Stelle bedarf es einer verbindlichen Vereinbarung zwischen den öffentlichen Trägern der Schulsozialarbeit. Um wirksame Arbeit als Schulsozialarbeiter\*in leisten zu können, braucht es bestimmte Bedingungen als Grundvoraussetzung.

## Dienst- und Fachaufsicht

Die Schulsozialarbeiter\*innen des Landes unterstehen der jeweiligen Schulleitung als formale Dienstvorgesetzte. Die Schulleitung übt, obwohl berufs fremd, neben der Dienstaufsicht auch die Fachaufsicht für die schulische Sozialarbeiter\*in aus.

Die Wünsche, die von Seiten der Schulleitungen und Lehrkräfte bezüglich des Arbeitseinsatzes an die Schulsozialarbeit herangetragen werden, decken sich häufig nicht mit der beruflichen Qualifikation der Betroffenen oder der durch den Erlass und die Handreichung dargelegten Einsatzbereiche.

Die Autor\*innen fordern, dass die Fachaufsicht für unsere Profession nicht mehr bei der Schulleitung liegt. Analog zur Schulpsychologie ist ein eigenständiges Dezernat für die schulische Sozialarbeit im RLSB zu schaffen.

### Fehlender „Mittelbau“

Bis ins Jahr 2022 hat es eine signifikante Steigerung der Stellenanzahl für schulische Sozialarbeit im Land Niedersachsen gegeben. Etwa 1.300 sozialpädagogische Fachkräfte werden vom Land eingesetzt (Pressemitteilung MK vom 10. Juli 2020). Diese Zahl kann sich inzwischen weiter erhöht haben.

Im „Mittelbau“ des Konzeptes „Sozialarbeit in schulischer Verantwortung“ (Fachberatung) ist aber kaum Personal vorhanden, um das System flächendeckend auf organisatorisch und fachlich „stabile Füße“ zu stellen. Im Bereich der Fachberatung für schulische Sozialarbeit werden vom Land pro RLSB nur jeweils drei Stellen mit einem Umfang von 50 Prozent in Teilzeit vorgehalten. Die Fachberater\*innen sind mit ihrer zu geringen Arbeitszeit für eine hohe Anzahl von Schulsozialarbeiter\*innen zuständig, deren Arbeitsorte häufig räumlich weit auseinanderliegen. Neben der fachlichen Beratung obliegt den Kolleg\*innen die Begleitung der zahlreichen regionalen Netzwerkgruppen. Auch eine intensivere Begleitung in der Einarbeitung und Konzepterstellung bei Dienstantritt einer Schulsozialarbeiter\*in in einer neuen Stelle zählt zu ihren Aufgaben. Diese Tätigkeiten sind zum Beispiel für die ausgezeichnet arbeitenden Fachberaterkolleg\*innen im RLSB Hannover, aufgrund der hohen Anzahl an Menschen in ihrem Zuständigkeitsbereich, viel zu umfangreich. Die Autor\*innen fordern eine Verdopplung der Stellen in der

Fachberatung für schulische Sozialarbeit in den regionalen Landesämtern für Schule und Bildung. Die Fachberater\*innen sollten mit mindestens 75 Prozent ihrer Tätigkeit für die Zwecke der Fachberatung abgeordnet sein. Sie brauchen Unterstützung und Entlastung.

### Schlussgedanken

„Nach den Sommerferien wird voraussichtlich wieder ein Kind in meine Sprechstunde kommen. In der halben Stunde, die wir für uns vor den Ferien reserviert hatten, werde ich von ihm darauf hingewiesen, dass wir uns ab jetzt jede Woche treffen werden. Ich sage dann sehr wahrscheinlich, dass ich mich freue, es wiederzusehen, und wir gucken, an welchem Tag

wir uns verlässlich sehen können. Aufpassen muss ich nur, dass ich zu unserem verabredeten Termin ganz pünktlich bin, denn ich bin als Vertrauensperson ausgesucht und für gut befunden worden. Vermutlich werde ich noch auf dem Heimweg über dieses Szenario lächeln müssen, das sich nun schon seit einiger Zeit nach jeden Ferien wiederholt. Und ich denke bestimmt daran, dass sehr viele meiner Kolleg\*innen in der Schulsozialarbeit genauso aufpassen müssen, dass sie zu einem Termin mit einem ‚ihrer‘ Kinder und Jugendlichen ganz pünktlich sein müssen.“ Auch das sind die Gedanken einer Schulsozialarbeiter\*in.

**Gesa Thomas und  
Christian Kerber**



# Bekenntnisfreie Schulen?

**In einer Eingabe an den Niedersächsischen Landtag wird die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Einrichtung bekenntnisfreier Schulen gefordert. Das sind nach den Bestimmungen des Grundgesetzes (Art. 7 Abs. 3 Satz 1 GG) Schulen, an denen kein Religionsunterricht erteilt werden muss.**

Ausgangspunkt der vom Verfasser dieses Beitrags formulierten Landtagseingabe ist die schulgesetzliche Vorschrift, dass der Religionsunterricht nach Bekenntnissen differenziert zu erteilen ist. Ausgerechnet dann, wenn es um Glaubensfragen, um religionskundliche Kenntnisse und darüber hinaus um das Verständnis für die in der Gesellschaft wirksamen Wertvorstellungen und Normen geht, muss das gemeinsame Lernen im Klassenverband beendet werden. Es müssen getrennte Lerngruppen für die evangelischen, katholischen und muslimischen Schülerinnen und Schüler sowie für diejenigen Schüler\*innen eingerichtet werden, die vom Religionsunterricht abgemeldet wurden. An der Auflösung des Klassenverbandes ändert sich nur wenig, wenn die Planungen der beiden christlichen Kirchen realisiert werden sollten, einen gemeinsam verantworteten christlichen Religionsunterricht zu veranstalten.

## **Schule ohne Religionsunterricht**

In der Eingabe wird nun eine gesetzliche Regelung für diejenigen Schulen gefordert, die sich mit der beschriebenen Situation nicht abfinden wollen. Sie sollen auf ihren Antrag, der im Einvernehmen mit dem Schulträger gestellt werden muss, den Status einer bekenntnisfreien Schule erhalten können. Das bedeutet, dass sie keinen konfessionellen Religionsunterricht als „ordentliches Lehrfach“ (Art. 7 Abs. 3 Satz 1 GG und § 124 Abs. 1 Satz 1 NSchG) einrichten müssen. Dessen Gegen-

stand sind nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Glaubenssätze der jeweiligen Religionsgemeinschaft, die „als bestehende Wahrheiten zu vermitteln“ seien. An die Stelle des Religionsunterrichts soll in der bekenntnisfreien Schule in dafür geeigneten Schuljahrgängen, also nicht unbedingt in allen, der Unterricht Werte und Normen als Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler treten. Nach diesem bekenntnisneutral zu erteilenden Unterricht (§ 128 NSchG) sollen unter anderem religionskundliche Kenntnisse und der Zugang zu religiösen Fragen vermittelt werden. In der Begründung der Petition wird die Prüfung angeregt, ob es zweckmäßig und sinnvoll sei, in der bekenntnisfreien Schule den Unterricht Werte und Normen schon im Primarbereich vorzusehen. Einzelheiten, zum Beispiel die Anzahl der Wochenstunden, soll das Kultusministerium auf dem Erlasswege festlegen können. Dass der Religionsunterricht in den Stundentafeln aller Schuljahrgänge mit zwei Wochenstunden ausgewiesen wird, lässt sich übrigens nicht aus dem Grundgesetz ableiten, sondern ergibt sich aus Vereinbarungen, auf die sich das Land und die Kirchen verständigt haben. Anzeichen dafür, dass sich am Umfang des Religionsunterrichts etwas ändern könnte, sind zurzeit nicht erkennbar.

Mit der Möglichkeit, bekenntnisfreie Schule zu werden, werden insbesondere Probleme an Schulen ausgeräumt, an denen es zu nach jetzigem Recht unzulässigen „Mischformen“ zwischen dem Religionsunterricht und dem Unterricht Werte und Normen gekommen ist. Mit solchen „Mischformen“ hat sich der Landtag schon mehrfach befassen müssen.

## **Entkirchlichung und Säkularisierung**

Der Petent will seine Eingabe nicht nur in schulorganisatorischer Hinsicht, sondern auch im Zusammen-

hang mit der zunehmenden Entkirchlichung, Säkularisierung und Pluralisierung sehen. Der Zeitpunkt sei absehbar, zu dem in Deutschland und auch in Niedersachsen weniger als die Hälfte der Bevölkerung Mitglied in einer der christlichen Kirchen ist. Die heutigen Vorstellungen von Menschenwürde und Menschenrechten seien Ergebnis philosophischer und juristischer Betrachtungen seit der Aufklärung und nicht genuin christliche Werte.

An die Landtagsabgeordneten, die dem Modell einer bekenntnisfreien Schule skeptisch gegenüberstehen, richtet sich in der Eingabe der Hinweis, dass es in Niedersachsen seit langem gleichsam ein „Gegenmodell“ gibt: Die Bekenntnisschule als öffentliche Schule für Schülerinnen und Schüler des gleichen Bekenntnisses (§§ 129 – 138 NSchG). In den 102 katholischen und drei evangelischen öffentlichen Bekenntnisgrundschulen werden die Schülerinnen und Schüler nach den Grundsätzen des jeweiligen Bekenntnisses unterrichtet und erzogen. In ihnen gehören religiöse Angebote zum Schulalltag (zum Beispiel Schulgottesdienste, regelmäßiges Schulgebet); ihre Lehrerkollegien setzen sich überwiegend aus Lehrkräften zusammen, die dem gleichen Bekenntnis wie die Schülerinnen und Schüler angehören.

Über die Eingabe fasst der Landtag nach Beratungen im Petitionsausschuss einen Beschluss. Sollte das in der auslaufenden Wahlperiode aus zeitlichen Gründen nicht mehr erfolgen können (Landtagswahl am 9. Oktober), wird die Petition – anders als nicht abschließend beratene Entwürfe von Gesetzen und Entschlüssen – vom nachfolgenden Landtag weiterbehandelt.

**Dieter Galas**

war unter anderem GEW-Landesvorsitzender und Leiter der Schulabteilung im Kultusministerium

## Beamtenbesoldung

# Wie geht es weiter mit der Besoldung in Niedersachsen?

Seit spätestens 2008 besolden alle 16 Bundesländer ihre Beamtinnen und Beamten nicht mehr amtsangemessen.<sup>1</sup> Als Folge hat das Bundesverfassungsgericht seine Rechtsprechung seit 2012 zunehmend verschärft und im Mai 2020 eine weitere grundlegende Entscheidung getroffen, in deren Gefolge es zu deutlichen Steigerungen des Besoldungsniveaus in allen Ländern wie auch im Bund kommen muss.<sup>2</sup>

Bund und Länder kommen dieser Verpflichtung allerdings seitdem weiterhin nicht im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Pflichten nach, sondern versuchen nach wie vor, wissentlich und willentlich eine amtsangemessene Alimentation mit kaum haltbaren Mitteln zu umgehen.<sup>3</sup> So hat beispielsweise Baden-Württemberg unlängst zugegeben, dass eine Rückkehr zu einer verfassungskonformen Alimentation jährliche Mehrkosten von 2,9 Milliarden Euro nach sich zöge, weshalb mittels verfassungswidriger Sparvarianten die tatsächlich gewährten Mehrkosten auf 238 Millionen Euro minimiert werden sollen.<sup>4</sup>

Auch Niedersachsen macht sich nun kurz vor Ende der Legislaturperiode auf den Weg, Folgen aus der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung ziehen zu wollen, nachdem ihm das Bundesverwaltungsgericht bereits 2018 eine seit 2005 vollzogene verfassungswidrige Besoldungspraxis attestiert hat, die Beamtinnen und Beamten in unteren Besoldungsgruppen nicht einmal auf Höhe der staatlichen Grundsicherung (vormals auf Höhe des Sozialhilfeniveaus) alimentiert.<sup>5</sup> Der Vorsitzende des Zweiten Senats sah sich deshalb veranlasst, von einer „erschreckenden Weise“ zu sprechen, wie in Niedersachsen mit Beamtinnen und Beamten verfahren wird.<sup>6</sup> Diese erschreckende Weise will die Landesregierung nun ein weiteres Mal ungebrochen fortsetzen, weshalb das Finanzministerium einen Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur amtsangemesse-

nen Alimentation erstellt hat, der keinen Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht haben kann.<sup>7</sup> Das kann auch der Landesregierung und dem Finanzminister nicht verborgen geblieben sein, weshalb sich der DGB, die GEW, die GdP und ver.di im Rahmen des Beteiligungsverfahrens in einer gemeinsamen Stellungnahme entschieden gegen den Entwurf positioniert haben. Nicht umsonst weist eine von der GEW in Auftrag gegebene Untersuchung des Gesetzentwurfs seinen sachlich vielfach verfassungswidrigen Gehalt eindeutig nach, auch zeigt sie auf, dass den niedersächsischen Landesbeamtinnen und Landesbeamten mit dem geplanten Gesetz allein im Jahr 2022 ihnen zustehende Alimentationsleistungen von offensichtlich deutlich mehr als

einer Milliarde Euro verfassungswidrig vorenthalten werden sollen.

Besonders empörend ist dabei, dass der Finanzminister plant, mit dem Ziel der Personalkosteneinsparung die Ehepartnerinnen von Beamten mittels einer Herdprämie zurück in die Küche zu locken, und damit gezielt in Kauf nimmt, die heute weiterhin deutlich verringerte und geringere ökonomische, finanzielle und partizipative Unabhängigkeit von Frauen zu verstärken. Stefan Störmer hat sich deshalb unlängst in einem persönlichen Brief erneut an den Ministerpräsidenten gewandt und ihn in seiner Funktion als ehemaligen Amtsrichter dazu aufgefordert, den Gesetzentwurf noch einmal zu überdenken.

Dr. Torsten Schwan

<sup>1</sup> Vgl. Torsten Schwan, Das Alimentationsniveau der Besoldungsordnung A 2008 bis 2020 – eine „teilweise drastische Abkopplung der Besoldung“ als dauerhafte Wirklichkeit?, DÖV 2022, S. 198 (206).

<sup>2</sup> Martin Stuttmann, Die Besoldungsrevolution des BVerfG – Der Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau, NVwZ-Beilage 2020, S. 83 ff.; Torsten Schwan, Neue bundesverfassungsgerichtliche Direktiven für die Besoldungsdogmatik und ihre Folgen für das künftige Alimentationsniveau – Zugleich Bemerkungen zu BVerfG, Beschl. v. 4.5.2020, 2 BvL 4/18 –, DÖV 2021, S. 368 ff.

<sup>3</sup> Alexia Tepke/Andreas Becker, Goldene Besoldungszeiten nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von Mai 2020 zur Mindest- und Familienalimentation?, ZBR 2022, S. 145 (154); Torsten Schwan, „Wir werden sicherstellen, dass der Bund auch zukünftig verfassungsmäßig alimentiert“ – Besoldungsrechtliche Entwicklungen in Bund und Ländern nach der bundesverfassungsgerichtlichen Entscheidung 2 BvL 4/18 und vor den konkreten Normenkontrollverfahren 2 BvL 5/18 bis 2 BvL 9/18, unter [www.berliner-besoldung.de/betrachtung-der-besoldungsrechtlichen-entwicklungen-in-bund-und-laendern-seit-2020](http://www.berliner-besoldung.de/betrachtung-der-besoldungsrechtlichen-entwicklungen-in-bund-und-laendern-seit-2020) <23.08.2022>.

<sup>4</sup> [www bbw.dbb.de/aktuelles/news/verfassungskonforme-besoldung-das-land-macht-sich-auf-den-weg](http://www bbw.dbb.de/aktuelles/news/verfassungskonforme-besoldung-das-land-macht-sich-auf-den-weg) <23.08.2022>.

<sup>5</sup> BVerfG, Beschluss v. 30.10.2018 – 2 C 32.17 –, Rn. 121.

<sup>6</sup> [www.goettinger-tageblatt.de/der-norden/beamte-in-niedersachsen-koennten-bald-mehr-verdienen-4QC-TU3E3HIPWBH4NR3DNFZAXJQ.html](http://www.goettinger-tageblatt.de/der-norden/beamte-in-niedersachsen-koennten-bald-mehr-verdienen-4QC-TU3E3HIPWBH4NR3DNFZAXJQ.html) <23.08.2022>.

<sup>7</sup> Nds.-Drs. 18/11498 v. 12.07.2022.



# Gewissenserziehung

**Zu einer selbstständigen und selbstverantwortlichen Persönlichkeit gehört ein das Verhalten regulierendes Gewissen. Dies wird unbestritten sein. Aber wie prägt sich dieses Gewissen aus? Entsteht es im Zuge des Aufwachsens wie von selbst?**

Das wird man bezweifeln können angesichts fast täglich erscheinender Meldungen über Fehlverhalten, gar kriminelles Verhalten. Gewissenlose Taten sind fast täglich in den Medien zu lesen, zu hören oder zu sehen. Zu einer guten Erziehung gehört wohl die besondere Aufgabe der Gewissenserziehung. Aber wie könnte sie aussehen? In Publikationen der Erziehungswissenschaft ist erstaunlich wenig zu finden. Im Folgenden wird der Versuch einer näheren Beschreibung gewagt.

## **Gewissen – die unbekannte Instanz**

Wo hat der Mensch sein Gewissen? Anatomisch ist es sicher nicht zu verorten. Wenn man die alte Trias von Freud zu Hilfe nimmt, dann ist der Mensch mit einem ES (triebhaftes Bedürfnis), einem Ich (die unverwechselbare Individualität) und einem Über-Ich (ein Werte- und Normenkomplex) ausgestattet. Das Über-Ich reguliert das Denken und Handeln des Individuums, gibt ihm Halt und Orientierung und bewahrt ihn vor unüberlegten oder gar kriminellen Taten. Ist es schwach entwickelt, kann das Ich sehr willkürlich und orientierungslos handeln, seine triebhaften Bedürfnisse sind dann eher bestimmend. Es kommt also wohl darauf an, dass eine gute Erziehung das Über-Ich als Steuerungsinstrument stark macht. Zuerst müssen dafür wohl die Ziele markiert werden.

## **Dreistufiger Zielkomplex**

Gewissenserziehung ist eine anspruchsvolle Erziehungsaufgabe. Man kann dafür einen dreistufigen Zielkomplex entwickeln.

1. Das Menschenbild, das ein Individuum braucht.

Früher mag es aus dem Glauben heraus gebildet worden sein. Heute wird

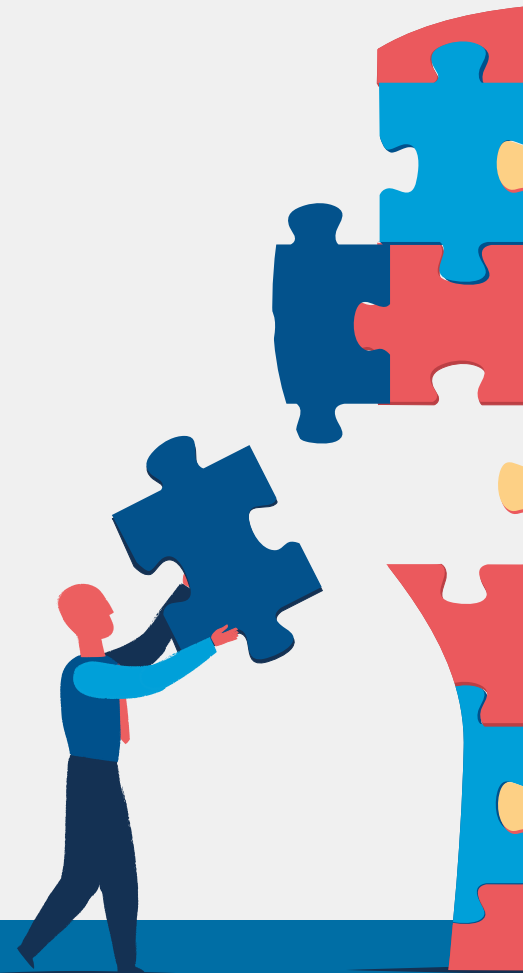
man es aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und von den Grundrechtsartikeln des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland entwickeln: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Recht geboren. Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person. Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung, hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit möglich ist. Entsprechende Formulierungen enthält das Grundgesetz wie zum Beispiel: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Schulgesetze der Bundesländer formulieren dann, dass die Schülerinnen und Schüler fähig werden sollen, die Grundrechte für sich und jeden Anderen wirksam werden zu lassen, ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Toleranz zu gestalten. Damit ist der Ausgangspunkt aller weiteren Konkretionen gegeben: das eigene Selbstverständnis und das Verhältnis zu anderen Menschen bekommen eine Grundorientierung.

## **2. Soziale Tugenden**

Das Gewissen bekommt eine weitere „Korsettstange“ mit den sogenannten Sozialen Tugenden. Achtung und Respekt vor dem Anderen zeigen sich in dem ständigen Bemühen, Gerechtigkeit, Fairness, Toleranz, Hilfsbereitschaft zu praktizieren, aber auch Konfliktfähigkeit und Zivilcourage zu entwickeln. Die Balance von Rechten und Pflichten kann immer wieder gewonnen werden. Das individuelle Verhalten zeigt sich in zwei Maximen: Das biete ich dir an und so sehe ich dich, und ist getränkt von dem Menschenbild, das sich entwickelt hat (siehe oben). Empathie, aber auch Härte bei menschenverachtendem Verhalten sind gegeben.

3. Umgangs- und operative Kompetenzen

Das ethische Niveau eines Menschen zeigt sich auch in den Umgangsqualitäten, die er praktizieren kann. Sind durchgehende Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft, Empathie als Einfühlungsvermögen grundlegende Eigenschaften, die eine Persönlichkeit ausmachen? Kann sie aber auch Engagement, Regelorientierung und Kompromissbereitschaft zeigen? Die Hilfe für den Schwächeren, die Einsatzbereitschaft in der Nachbarschaft, das Beharren auf verabredeten Regeln, die Aufmerksamkeit gegenüber dem Nächsten zeigen eine starke Persönlichkeit. Insofern ist der Alltag in allen Lebensbereichen durch gewissenhafte Verhaltensweisen bestimmt oder eben auch nicht. Egoismus, Desinteresse, gar Aggressivität sind meistens Symptome von Menschen, denen die grundlegenden Gewissheiten fehlen. Dies gilt auch für entwickelte kommunikative und kooperative Kompetenzen. Bei öffentlichen Aktivitäten (strategisches Denken, Planen, Geschäftsordnungen handhaben und anderes mehr)





zeigt sich die Gewissenshaftigkeit oder die Gewissenlosigkeit ebenfalls sehr schnell.

Diese kurz beschriebene Dreistufigkeit von Gewissensorientierung mag die Bedeutung einer Gewissenserziehung deutlich machen. Sie prägt den Menschen in elementarer Weise. Wird sie vernachlässigt, kommt es wie in der Gegenwart fast jeden Tag zu Nachrichten, die erschrecken müssen.

### Wege der Gewissenserziehung

Wenn der Zielbereich der Gewissenserziehung geklärt ist, kommt die spannende Frage auf, auf welchen Wegen ein Gewissen stark gemacht werden kann. Wieder kann man eine Trias entwickeln.

#### 1. Interaktionen und beispielhafte Situationen

Am wirksamsten sind auf Dauer Interaktionen mit Personen, die mit ihrem Verhalten gute Beispiele für gutes und verantwortliches Menschsein sind. Konkret werden sich die guten Beispiele in konsistenten Verhaltensstilen, im Sprachverhalten, in nachahmenswerten Ich-Du-Beziehungen und in Metainteraktionen zeigen. Wenn man Menschen erleben kann, die gewissenshafte Verhaltensweisen in den problematischen Situa-

tionen des Alltags zeigen, die in ihrem Sprachverhalten Respekt und Achtung repräsentieren, die helfende und Mut machende Ich-Du-Beziehungen aufbauen und durch eine selbst-reflexive Haltung sich auch immer wieder hinterfragen können, kann sich eine sehr stabile Verhaltensorientierung ergeben.

#### 2. Überzeugungs- und Moralarbeit (Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen)

Aber notwendig ist im Alltag auch explizite Moralarbeit. Das Besprechen von problematischem Verhalten und von bedenkenswerten Alternativen, das Nachdenken über das Gute und Richtige und das Aushalten von moralischen Dilemmata sind ständige Herausforderungen. Wie gehe ich mit absurden Auffassungen um, wie lange toleriere ich verletzendes Verhalten, wann ist entschiedener und mutiger Widerstand angesagt? Fast täglich findet man Situationen, die diese Fragen aufwerfen. Die wöchentliche Denk-Bar als halbstündiges Gespräch am Wochenanfang oder -ende sollte eine Regeleinrichtung sein.

#### 3. Indirekte Gewissenserziehung durch strukturierte Situationen und verdichtete Beziehungen

Indirekte Gewissenserziehung erfolgt auch über strukturierte Situationen und verdichtete Beziehungen. Wenn der Alltag bestimmt ist durch Regeln, Rituale und Routinen, ergeben sich Sicherheiten für das, was gut und richtig ist. Ein Geflecht aus Regeln, Routinen und Ritualen kann Ausdruck von Lebensweisen, Lebensstilen und Lebensformen sein, das den Einzelnen sehr in seinen Auffassungen, Normen und Werten prägt. Das ist uns wichtig und so wollen wir leben! Verdichtete Beziehungen in Gestalt von Feiern und Festen, Reisen und anderen Unternehmungen wirken auf ihre

Weise. Natürlich ist da immer die Ambivalenz von gutem Beispiel und Indoktrination. Aber im positiven Fall kann ein individuelles Gewissen daraus feste „Korsettstangen“ gewinnen. Chaos und Orientierungslosigkeit können Charakterfestigkeit jedenfalls nicht befördern und führen eher zu Gewissenlosigkeit. Gut gelebtes Leben gibt Halt und kann damit Charakterstärke befördern.

#### 4. Gelegenheiten des Wagens und Sich-Bewährens und Grenzsituationen

In aufsteigender Linie ist Gewissenserziehung schließlich bis zu Gelegenheiten des Wagens und Sich-Bewährens und sogar bis zu Grenzsituationen zu bedenken. Wenn sich langsam handlungsrelevante Werte und Normen verfestigen, benötigt das individuelle Gewissen Herausforderungen, die zu Bewährungsungen im Handeln führen. Zu denken ist hier an Situationen, die Verantwortungsübernahme verlangen, die also Ernstsituationen sind. Die Sammelaktion für Flüchtlingskinder, das Verteidigen eines gemobbten Mitschülers, die Betreuung alter Menschen können als Beispiele dienen. Grenzsituationen muss man gut kalkulieren, aber die Kanufahrt auf der Oker (Mutprobe), das Mitmachen bei der Jugendfeuerwehr (Engagement in Notsituationen), die erste Hilfe bei einem Unfall (verantwortetes Eingreifen) können auch wieder als Beispiele genannt werden. Die Grundidee ist, aus der Reflektion in konkretes Handeln zu kommen. Dabei heißt Gewissenserziehung auch, gut abzuschätzen, was leistbar ist und wo man sich schnell überfordern könnte.

### Fazit

Das Gewissen – die immaterielle Steuerungsinstanz des Menschen – ist für jedes Individuum existentiell wichtig. Es kann schwach ausgebildet sein – dann ist der Mensch schnell gewissenlos –, es kann falsch gepolt sein – der Ehrenmord, um die verletzte Ehre der Familie zu rächen –, es kann ethisch verantwortbares Verhalten bestimmen. Es braucht aber Zeit und Chancen der Entwicklung. Ziele und Wege können diese – wie oben beschrieben – bestimmen.

Prof. em. Manfred Bönsch





## Niedersächsischer Landtagsbeschluss zu Berufsverboten

# Die Erfolgsgeschichte muss weitergehen

**16. Dezember 2016, Niedersächsischer Landtag: Ein Antrag zum „Radikalenerlass“ wird nach einer Entschuldigung bei den Betroffenen mit den Stimmen von SPD und Grünen angenommen.**

Damit soll ein „unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens“ aufgearbeitet und korrigiert werden. Im Antragstext heißt es unter anderem,

- dass politisch motivierte Berufsverbote, Bespitzelungen und Verdächtigungen nie wieder Instrumente des demokratischen Rechtsstaates sein dürfen,
- dass die Umsetzung des sogenannten Radikalenerlasses ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens darstellt und das Geschehene ausdrücklich bedauert wird,
- dass die von niedersächsischen Maßnahmen betroffenen Personen durch Gesinnungsanhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit vielfältiges Leid erleben mussten,
- dass er den Betroffenen Respekt

und Anerkennung ausspricht und sich darüber hinaus bei denen bedankt, die sich zum Beispiel in Initiativen gegen Radikalenerlass und Berufsverbote mit großem Engagement für demokratische Prinzipien eingesetzt haben.

Weitere Forderungen sind die Einrichtung einer Kommission aus Mitgliedern des Landtags, Betroffenen, Vertreter\*innen von Gewerkschaften und Initiativen zur Aufarbeitung der Schicksale und politischen und gesellschaftlichen Rehabilitation, die politische und gesellschaftliche Aufarbeitung, eine wissenschaftliche Begleitung, die öffentliche Darstellung der Kommissionsergebnisse und die Verwendung der Ergebnisse im Rahmen der politischen Bildung in Niedersachsen.

### Vorbereitungen und Konsequenzen

Dieser wegweisende Beschluss geht zurück auf die Initiative der Linken und Aktivitäten der Niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote seit 2012. Mit Radiosendungen im hannoverschen Radio Flora, mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat

sie die „vergessene“ Thematik der Berufsverbote wieder ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Im Ergebnis wurden zum Beispiel in lokalen Gremien angenommen

- ein Antrag zur Aufhebung der Berufsverbote und Rehabilitation Betroffener im hannoverschen Stadtteilbezirksrat Linden-Limmer (21. März 2012);
  - ein Antrag im Rat der Stadt Hannover, in dem der Niedersächsische Landtag aufgefordert wird, eine Kommission zur Aufarbeitung der Berufsverbote und zur Erarbeitung von Möglichkeiten der Rehabilitation einzurichten (20. Juli 2012).
- Eine Neubefassung des Berufsverboteantrags im Landtag erfolgte im Januar 2014 nach dem Regierungswechsel zu Rot/Grün. Der Debatte dazu folgte die Überweisung an den Innenausschuss. Dieser beraumte für Oktober 2014 eine Anhörung zum Thema an.

### Anhörung vor dem Innenausschuss

Diese Anhörung vor dem Innenausschuss fand am 9. Oktober 2014 wegen des großen öffentlichen In-

teresses im Plenarsaal des Landtags statt. Zuvor gab es am Denkmal der „Göttinger Sieben“ eine Kundgebung. In Anwesenheit einer Vielzahl niedersächsischer Berufsverbots-Betroffener befürworteten dort die Landtagsabgeordneten Michael Höntsch (SPD) und Meta Janssen-Kucz (Grüne) und Rüdiger Heitefaut (DGB/GEW) den im Landtag vorliegenden Antrag.

Geladen waren DGB und GEW, die Berufsverbote-Initiative und der Niedersächsische Beamtenbund. Auch drei Professoren aus dem äußersten rechten Spektrum, Chefideologen und Stichwortgeber des „Verfassungsschutzes“, sollten auf Wunsch der CDU gehört werden. Die Professoren Backes und Jesse sowie der Vertreter des Niedersächsischen Beamtenbundes blieben ohne Entschuldigung der Anhörung fern. Prof. Isensee hatte bereits vorher abgesagt (s. Kasten).

#### Die Forderungen des DGB

Ein bemerkenswertes Positionspapier ist die „Stellungnahme des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften“ des DGB-Bezirks Niedersachsen-Sachsen-Anhalt-Bremen, das bei der Anhörung von Lea Arnold und Rüdiger Heitefaut vorgetragen wurde. Es enthält Forderungen zur materiellen Entschädigung von Berufsverbots-Betroffenen: „Basierend auf der Beendigung der Berufsverbotepraxis durch die 1990 neu gewählte rot-grüne Landesregierung wäre es nun an der Zeit, dass die jetzige rot-grüne Landesregierung in einem weiteren Schritt die Aufarbeitung mit einer vollständigen Rehabilitation und einem Ausgleich für erlittene Benachteiligungen in materieller und immaterieller Sicht weiter führt. Der DGB erwartet daher Schritte, um den Betroffenen Möglichkeiten zu eröffnen insbesondere die Folgen einer durch die Berufsverbotepraxis lückenhaften Erwerbsbiografie auszugleichen.“

Als konkrete Maßnahmen werden im Einzelnen gefordert:

- die Prüfung von Nachversicherungsmöglichkeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung und Nachversicherung durch das Land;
- ein finanzieller Ausgleich für Rentner\*innen, deren Renten unwiderruflich beschieden sind, über eine Fondslösung;
- die Anerkennung von Berufsver-

botszeiten als ruhegehaltstauglich für Beamt\*innen im Dienst;

- ein Nachteilsausgleich für Ruhestandsbeamt\*innen über die Fondslösung;
- analog die Einbeziehung von Hinterbliebenen (Ehe- und Lebenspartner\*innen und Kindern) in die Fondslösung;
- die Finanzierung des Entschädigungsfonds durch das Land Niedersachsen;
- ein Beirat aus Vertreter\*innen von Betroffenen, dem Land und der Gewerkschaften zur Bearbeitung und Bewilligung von Anträgen und Festsetzung der Entschädigungssummen.

#### Kein abgeschlossenes Kapitel

Zwei Jahre nach der Anhörung im Innenausschuss wurde dann endlich der Antrag zu den Berufsverbots (Drs 17/1491; 15. Dezember 2016) im Niedersächsischen Landtag beschlossen. Eine Kommission unter Leitung der „Niedersächsischen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der Schicksale im Zusammenhang mit dem sogenannten Radikalenerlass“, Jutta Rübke, nahm für ein Jahr die Arbeit auf. Im Januar 2018 wurde ihre Dokumentation „Berufsverbote in Niedersachsen 1972-1990“ vorgelegt – ein wichtiger Anfang mit beträchtlicher Ausstrahlung auch auf andere Bundesländer. Dem Zeitrahmen und der eingeschränkten wissenschaftlichen Begleitung ist es geschuldet, dass wesentliche Aspekte nicht aufgearbeitet werden konnten.

So konnte nicht das ganze Spektrum der Praxis der Berufsverbote in Niedersachsen erfasst werden. Unklar bleibt, wie der „Radikalenerlass“ in den niedersächsischen Kommunen, bei öffentlichen und privaten Bildungsträgern und im Bereich der Kirchen umgesetzt wurde.

Die Dokumentation benennt die Folgen der Praxis der Berufsverbote für das politische Klima in Niedersachsen. Zu untersuchen, wie das gesellschaftliche und politische Engagement einer ganzen Generation beeinflusst wurde, steht jedoch noch aus.

Die staatlichen Organe stellten der Kommission ihre Unterlagen zur Verfügung, nicht jedoch der „Verfassungsschutz“. Das gesamte Ausmaß der Gesinnungsschnüffelei war so nicht auszuloten. Ebenso wenig wur-

den bisher die Ergebnisse im Rahmen der politischen Bildung verwendet. Offen bleibt außerdem die Frage der materiellen Entschädigung für die Betroffenen, die im Landtagsantrag nicht enthalten ist. Hier besteht für den Niedersächsischen Landtag noch Handlungsbedarf.

**Cornelia Booß-Ziegling  
und Matthias Wietzer**

für die Niedersächsische Initiative gegen Berufsverbote



Prof. Isensee an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtags:

*„... geht es erkennbar darum, dem Linksextremismus der Siebziger und Achtziger Jahre einen Persilschein auszustellen und eine rechtsstaatliche Märtyrerkrone aufzusetzen, den Rentnern der APO eine späte Genugtuung zu bereiten, als Nebeneffekt frühere Landesregierungen zu denunzieren, daß sie gegen die Verfassung verstoßen hätten. Die Antragsteller bedienen sich des rechtsfremden und rechtsverbiegenden Agitprop-Schlagwortes vom „Berufsverbot“ – ein Zeichen dafür, daß sie gar nicht darauf ausgehen, die Praxis juristisch zu analysieren und in eine sachliche Diskussion der damaligen wie der heutigen Rechtslage einzutreten. ... Vollends erinnert der Text nicht an das grundgesetzliche Leitbild einer abwehrbereiten Demokratie. ... Der Antrag ist indiskutabel.“*



Grafik: Michael Hüter

Auch Rechtsextreme treten wieder zur Landtagwahl an

## AfD unter 5-Prozent-Hürde?

Vieles war erwartbar, einiges bewusst nebulös und anderes wie immer absurd und unsinnig. Das Wahlprogramm, das die AfD Niedersachsen Anfang August vorlegte, enthielt die bekannte Mixtur. Interessant sind da eher schon die Leerstellen, die man gelassen hatte, um den Eindruck politischer Radikalität zumindest ansatzweise zu vermeiden. Entsprechend gleicht schon die Präambel des Wahlprogramms einem Blick in den politischen Zerrspiegel. Denn einleitend wird dort behauptet: „Wir sind Liberale und Konservative“. Und: „Wir sind überzeugte Demokraten.“<sup>1</sup> Nicht nur der Verfassungsschutz, sondern auch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung sieht das zurecht anders.

### „Klimaschutzpolitik ist ein Irrweg“

Ein Alleinstellungsmerkmal der AfD gegenüber anderen Parteien ist die Leugnung eines von Menschen verursachten Klimawandels und die vehemente Ablehnung einer gezielten Klimaschutzpolitik. Im aktuellen Landtagswahlprogramm liest sich das unter anderem so: „Für einen

nennenswerten Einfluss des Spurengases CO<sub>2</sub> auf Wetter und Klima gibt es keinen wissenschaftlichen Nachweis. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg, auch weil sie die positiven Effekte steigender CO<sub>2</sub>-Konzentration nicht berücksichtigt. Der steigende CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre bewirkt ein Ergrünen der Erde und hat die Produktion von Nutzpflanzen und damit der Welternährung erheblich verbessert.“ Folgerichtig wird der angestrebte Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, die sogenannte Dekarbonisierung, mit drastischen Worten abgelehnt. Wobei, auch angesichts stark steigender Gas- und Ölpreise, die AfD aktuell versucht, sich als soziale Kümmerpartei für Geringverdiener\*innen und Rentner\*innen zu profilieren. Im Wahlprogramm wird behauptet, die „Dekarbonisierung führt zur Deindustrialisierung Deutschlands mit der Folge einer drastischen Absenkung des Lebensstandards unserer Bürger.“ Und verschwörungstheoretisch wird hinzugefügt, dass die Klima- und Umweltschutzpolitik letztendlich das Ziel verfolge, „die

weltweite Umverteilung des Wohlstands einschließlich einer Umverteilung in Deutschland von unten nach oben“ durchzuführen. Anstatt perspektivisch die Energieversorgung auf regenerative Energien umzustellen, singt die AfD in ihrem Wahlprogramm ein schrilles Loblied auf die Atomenergie. Unter der Überschrift „Energieversorgung in Niedersachsen“ kann man lesen: „Die zivile Nutzung der Kernenergie stellt eine der höchsten Errungenschaften des Menschen mit der Natur dar.“ Wobei auch der anfallende hochradioaktive Atommüll angeblich kein Problem ist. Im Gegenteil, ein „geologisches Endlager wird nicht benötigt“, vielmehr sei der „Atommüll von heute ... die Energiequelle von morgen“, da der Atommüll zukünftig recycelt und der Rest oberirdisch lediglich zwei- bis dreihundert Jahre gelagert werden müsse.

### „Kümmerer“ für die Reichen

Die gegenwärtig hohe Inflationsrate, insbesondere im Bereich der Energieversorgung, ist aktuell ein willkommenes Kampagnenthema

für die AfD. In verschiedenen niedersächsischen Städten, so zum Beispiel in Twistringen im Landkreis Diepholz, finden dazu bereits seit Juli unter der Leitung des extrem rechten Kreisvorsitzenden und Landtagskandidaten Andreas Iloff allwöchentliche Protestkundgebungen statt. Angesichts verbreiteter materieller Zukunftsängste nicht nur der fast 40 Prozent der Menschen in diesem Lande, die unterhalb oder am Rande der Armutsgrenze leben, sondern auch angesichts der Abstiegssängste in der Mittelschicht, eignet sich dieses Thema bestens, um sich als Kümmererpartei für die „kleinen Leute“ zu präsentieren. Im Landtagswahlprogramm werden in diesem Zusammenhang „entschiedene staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Armutsriskos“ gefordert. Die dort genannten konkreten Forderungen fallen allerdings recht mager aus; zudem beziehen sie sich fast ausschließlich auf steuerpolitische Bereiche. So wird zum Beispiel gefordert, die Energiesteuern zu senken, die Steuerprogression an den Inflationsindex zu koppeln, das Ehegattensplitting in ein Familiensplitting umzuwandeln sowie den Steuerfreibetrag zu erhöhen. Doch dort, wo die steuerpolitische Konzeption der AfD wirklich interessant – und entlarvend – werden könnte, findet sich im Wahlprogramm lediglich der dürre Satz: „Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass das Einkommenssteuerrecht wesentlich vereinfacht wird.“ Dieser nebulöse Satz wäre im Klartext wie folgt zu übersetzen: „Die Reichen sollen noch reicher werden.“ Denn aus dem Grundsatzprogramm der Partei sowie aus den Bundestagswahlprogrammen geht hervor, dass sich die AfD am Steuermodell des Ex-Verfassungsrichters und ehemaligen Aufsichtsratsmitglieds der Deutschen Bank und des Allianz-Konzerns Paul Kirchhof orientiert. Dieses Modell sieht einen dreistufigen Steuersatz mit einem Höchststeuersatz von 25 Prozent vor, gegenüber aktuell 42 beziehungsweise 45 Prozent. Für Einkommensmillionäre würde dies eine Steuerersparnis von etwa 160.000 Euro jährlich bedeuten, und für die staatlichen Einnahmen nach Berechnungen des Bremer Ökonomen Rudolf Hickel im ersten Jahr ein Minus von 42 Milliarden Euro und in den folgenden Jahren immerhin noch bis zu 20 Milliarden.<sup>2</sup> Zudem fordert die AfD trotz über 300 Milliarden Euro,

die jedes Jahr in Deutschland vererbt werden, die ersatzlose Streichung der Erbschaftssteuer. Und schließlich wendet sie sich gegen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die aktuell rund 20 Milliarden Euro einbringen und den Ländern zugutekommen würde.

### Feindbildorientiertes Sparen

Da die AfD in ihrem Wahlprogramm einerseits die Einhaltung der Schuldenbremse fordert, andererseits unter anderem erhebliche Zuwendungen für deutsche Familien verspricht<sup>3</sup>, muss es angesichts des von ihnen angestrebten massiven Steuerverzichts zwangsläufig in anderen Bereichen zu staatlichen Ausgabenkürzungen kommen. In welchen Sektoren dies passieren soll, ist nach der bisherigen, vielfach hasserfüllten Propaganda der AfD wenig überraschend. „Die finanzielle Förderung ideologischer Gender-Projekte muss sofort eingestellt werden“, heißt es beispielsweise im Kapitel „Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation“. Und unter der Überschrift „Linke Gewalt entschieden bekämpfen“ wird beklagt: „Auch auf Länderebene fließen seit Jahren Millionen von hart verdienten Steuergeldern in zwielfichtige Vereine und Initiativen ‚gegen rechts‘. Renate Künast (Grüne) forderte gar 2020 eine verlässliche Finanzierung dieser NGOs und Antifa.“ Folglich wird im Landtagswahlprogramm gefordert, „Gruppen, die der sogenannten Antifa zuzuordnen sind, als terroristische Vereinigungen, die ‚Antifa‘-Logos als verfassungsfeindliche Symbole einzustufen.“ In der Psychologie spricht man wohl von Projektion, wenn eine Partei, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsbeziehungsweise Beobachtungsfall eingestuft wird, mit dem Extremismusvorwurf gegen ihre Kritiker\*innen hausieren geht. Allerdings hat das Verdikt des Inlandsgeheimdienstes durchaus zur Mäßigung bei öffentlichen Stellungnahmen, auch im Wahlprogramm, gesorgt. Die Ableh-

nung der Europäischen Union wird nicht mehr, wie im Bundestagswahlprogramm 2021, mit Überlegungen zum Dexit und der Rückkehr zur D-Mark zugespitzt, sondern es wird als Ziel ein „Europa der Vaterländer“ angegeben. Also Nationalismus in rhetorische Watte verpackt. Und auch der AfD-genuine Hass auf Flüchtlinge und Migrant\*innen scheint an verschiedenen Stellen des Wahlprogramms durch, insbesondere im Kapitel: „Massenzuwanderung stoppen – unsere Identität schützen“, in dem apodiktisch geäußert wird: „Auch Niedersachsen ist kein Einwanderungsland.“ Zudem wird gefordert, dass „Ausreisepflichtige nur noch Sachleistungen erhalten“ sollen. Doch aus den Reihen der AfD hat man in der Vergangenheit schon deutlich krassere Statements gehört, die eindeutige Vernichtungsphantasien zum Ausdruck brachten. Wie zum Beispiel die Wunschvorstellung des baden-württembergischen AfD-Landtagsabgeordneten Emil Sänze, der hasserfüllt äußerte: „Je mehr Migranten ersaufen, desto eher begreifen selbst afrikanische Ziegenhirten, dass es nicht lohnt, nach Europa aufzubrechen.“<sup>4</sup> Oder Marcel Grauf, ehemaliger parlamentarischer Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Christina Baum: „Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet.“<sup>5</sup> Egal, ob politische Statements im Stil einer verabscheuungswürdigen Hetze oder im Sprachmodus der „Selbstverharmlosung“ – so die parteiinterne Richtlinie – verbreitet werden, eine Partei wie die AfD ist in jedem Falle zu ächten, wenn nicht sogar zu verbieten. Für die anstehende Landtagswahl bedeutet das, durch gemeinsame Anstrengungen diese Partei unter die 5-Prozent-Hürde zu drücken. Entsprechend der Devise: „AfD versenken!“

Ralf Beduhn

<sup>1</sup> Alle Zitate, wenn nicht anders vermerkt, aus dem Wahlprogramm der AfD Niedersachsen.

<sup>2</sup> Rudolf Hickel: Kirchhofs konservativ-neoliberales Steuerreinemaleins. [www.memo.uni-bremen.de/docs/m3205.pdf](http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m3205.pdf).

<sup>3</sup> „Je Kind Rückzahlung von 20.000 Euro aus bereits entrichteten Rentenbeiträgen.“ „Bauland vergünstigt an Familien, Teilerlasse nach Kinderzahl.“

<sup>4</sup> Z.n. Kontext, 24. Dezember 2016.

<sup>5</sup> Z.n. Kontext, 12. Mai 2018.



Landesfachgruppe Sonderpädagogik

## Was bringt die Kolleg\*innen auf die Palme?

**In den Wahlaussagen der CDU Niedersachsen steht die Wiedereinführung der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen (FÖS Lernen) auf der Agenda. Die FDP Niedersachsen setzt mit ihrem Volksbegehren für den Erhalt dieser Schulform noch eins drauf. Was treibt Politiker\*innen um, die bislang unzureichende, inkonsequente und zögerliche Entwicklung eines inklusiven Schulsystems in Niedersachsen für eine inklusive Gesellschaft so neu aufzustellen?**

Noch im Juni 2021 haben die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gemeinsam die Entschließung „Umsetzung der Inklusion an Niedersachsens Schulen verbessern“ im Landtag mit großer Mehrheit angenommen.

Das geplante und beschlossene Auslaufen der FÖS Lernen ist eng verknüpft mit der Perspektive einer gesamtschulischen Inklusionsentwicklung. Die Begründung ihres Erhalts hingegen hat ihren Ursprung in der fehlenden konzeptionellen Grundlegung und der personellen Unterversorgung im gesamtschulischen Setting.

Ein Erhalt der FÖS Lernen wäre ein tiefgreifender Rückschritt. Nach jahr-

zehntelangem Einsatz für eine inklusive Schule in Niedersachsen kann diese Forderung nicht unwidersprochen bleiben. Sie ist Ausdruck eines mangelnden Grundverständnisses von Inklusion und gravierendes Verkennen dessen, was Inklusion im Kern bedeutet.

Verwirklichte und gelebte Inklusion wäre das eingelöste Versprechen bedingungsloser und barrierefreier Zugehörigkeit und Teilhabe aller Menschen in sämtlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, und somit an einem hochwertigen und unentgeltlichen Schulunterricht, wie es in der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Artikel 24 gefordert wird. 2008 hat Deutschland diese unterzeichnet. Das Gesetz zum Übereinkommen der UN über die Rechte der Menschen mit Behinderungen trat zum 1. Januar 2009 in Kraft. Die Bundesländer haben für die Umsetzung zu sorgen.

Das Auslaufen einer separierenden Schulform ist ein wichtiger, wenn auch nicht ausreichender Beitrag auf dem Weg zu einem Schulsystem, das die Bezeichnung „inklusiv“ verdient. Lernen ist ein zutiefst individueller, autonomer kognitiver Aneignungsprozess,

der von äußeren Lebensumständen geprägt wird. Es ist selbstverständlicher Bildungsauftrag aller Schulen, entwicklungsdienliche Lernumgebungen zu realisieren und zu gestalten. Absurd und kontraproduktiv hingegen ist es, einen sonderpädagogischen Förderschwerpunkt Lernen als „feststellbare“, objektivierbare Kategorie anzunehmen und damit Menschen zu etikettieren, deren individuelle Lernentwicklung nicht im Gleichklang mit curricularen Anforderungen erfolgt. Anders ausgedrückt: Dieser Förderschwerpunkt existiert, weil er festgestellt wird und weil seine Feststellbarkeit als „Wahrheit“ akzeptiert und nicht in Frage gestellt wird.

Aus der wissenschaftlichen Forschung ist bekannt, dass FÖS Lernen keine entwicklungsdienlichen Lernumgebungen darstellen. Negative Effekte auf Lernentwicklung und seelische Gesundheit können vielfach in einschlägiger Fachliteratur nachgelesen werden (siehe [www.inklusionsfakten.de](http://www.inklusionsfakten.de)).

Im Bildungsauftrag des niedersächsischen Schulgesetzes ist der Aspekt der Persönlichkeitsentwicklung an zentraler Stelle verankert und mit ihm die dem Grundgesetz beziehungswei-

se der Verfassung zugrunde liegenden Werte. „Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen...“ (NSchG, §2 Bildungsauftrag der Schule). Auch in diesem Zusammenhang wäre es mehr als nur wünschenswert, wenn Bildungspolitik und Schule sich auf die dort ebenfalls benannten „Grundsätze der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Toleranz“ (ebd.) besinnen und 13 Jahre nach Ratifizierung der UN-BRK das Menschenrecht auf inklusive Bildung ohne jeden Etiketten- und Etikettierungsschwindel vorleben und einlösen würde. Sowohl für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung und die Bildungsbiographie des einzelnen Menschen als auch für den Frieden in der Gesellschaft stellen Stigmatisierung und kategoriales Denken gravierende Risikofaktoren dar.

Pädagog\*innen brauchen keine Kategorien. Sie können Schüler\*innen ohne Zuschreibungen fordern und fördern, dabei enorme, oft sprunghafte Entwicklungen beobachten und es als selbstverständlich betrachten, in bestimmten Lebenslagen oder Entwicklungsphasen mehr unterstützend

zu begleiten als in anderen. Benötigt werden starke Schulen mit ausreichend Personal.

Bereits 2018 stellt der Niedersächsische Landesrechnungshof in seinem Prüfbericht „Schulische Inklusion in Niedersachsen“ die Schulgesetzänderung von 2013 voran, dass nach § 4 NSchG alle Schulen inklusive Schulen sind und es nicht um die Frage gehen kann, ob die Inklusion an sich in Frage zu stellen ist. In dem Prüfbericht werden für Niedersachsen sehr große regionale Unterschiede in der Teilhabe von Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf in der allgemeinen Schule festgestellt. Ebenso wird in Frage gestellt, ob die kostenintensive Doppelstruktur von Förderschulen und inklusiven Regelschulen aufrechterhalten werden sollte. Eine umfassende Evaluation wird angemahnt.

Seit 1993 haben die jeweiligen Landesregierungen viele kleine Schritte unternommen, um den Weg in Richtung eines inklusiven Schulsystems zu bahnen. Die GEW hat in vielen Stellungnahmen betont, dass es einer strukturellen Veränderung des Bildungssystems bedarf, um gemein-

samen Unterricht zu verwirklichen. Grundlegend dabei ist, dass Ressourcen für den gemeinsamen Unterricht nicht über individuelle Unterstützungsbedarfe sondern systembezogen jeder Schule zugewiesen werden und zur Verfügung stehen. Gemeinsam bilden dann Lehrkräfte, Pädagogische Fachkräfte, Sozialpädagogische Fachkräfte, Therapeut\*innen, Pädagogische Mitarbeiter\*innen und Krankenpfleger\*innen ein multiprofessionelles Team und die Schule ist als fester Einsatzort für die Kolleg\*innen gesetzt. Zusammenarbeit könnte sich kontinuierlich weiterentwickeln und würde nicht immer wieder durch veränderte Zahlen individueller Bedarfe gestört beziehungsweise unterbrochen. Durch die verlässliche Zugehörigkeit zu einem Kollegium wächst die Möglichkeit vertrauensvoller Kooperation. Dies steigert die Qualität und Attraktivität der Arbeit und leistet einen wertvollen Beitrag zu Arbeitszufriedenheit und Gesundheit der Kolleg\*innen.

**Vorstandsteam**  
Landesfachgruppe  
Sonderpädagogik

Beispiel für eine aktive Aufklärung vor Ort aus dem GEW Kreisverband Northeim\*:

### **Pressemitteilung**

#### **Stellungnahme zur Debatte um die Zukunft der Förderschulen Lernen im Landkreis Northeim GEW-Kreisverband Northeim fordert ein entschiedenes und konsequenteres Eintreten für die Inklusion**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Landkreis Northeim begrüßt, dass der Kreistag in seiner Sitzung vom 8. Juli die Resolution der Kreistagsgruppe CDU/FDP/Die Unabhängigen nicht angenommen hat und fordert von allen Beteiligten im Kreis wie im Land ein entschiedenes und konsequenteres Eintreten für die Inklusion. Im Gegensatz zur Wahlfreiheit der Eltern, für ihre Kinder die Schule frei wählen zu können, ist Inklusion ein grundlegendes Menschenrecht auf gesellschaftliche Teilhabe. [...] Wer hier pauschal und ohne einen Plan, wie die Inklusion konkret vorangetrieben werden kann, für ein weiteres Fortbestehen der Förderschulen Lernen plädiert, gefährdet das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne besondere Bedürfnisse an den Regelschulen. Es ist seit Jahren bekannt, dass bei den begrenzten personellen wie finanziellen Ressourcen in unserem Bildungssystem ein Erhalt der Förderschulen die Inklusion erschwert und letztlich gefährdet. [...] Unzählige Studien zeigen, dass beim gemeinsamen Lernen die „schwachen“ Schülerinnen und Schüler deutlich bessere Ergebnisse erzielen und mehr lernen, ohne dass die starken dadurch benachteiligt werden oder schlechtere Ergebnisse erzielen. Wenn Inklusion gelingt, profitieren alle und ist sie ein Gewinn für die ganze Gesellschaft.

Einen Fortbestand der Förderschule Lernen pauschal zu fordern, dazu ohne intelligenten Plan, wie diese eine begrenzte Zeit lang fortbestehen können, ohne die Inklusion an den Regelschulen zu beeinträchtigen, ist kurzsichtig und letztlich verantwortungslos: Vor allem gegenüber den Schwächsten, deren Menschenrecht es ist, nicht ausgegrenzt zu werden und in gleicher Weise wie die anderen von guter Bildung zu profitieren.

Für den Vorstand des GEW-Kreisverbandes Northeim:

Harald Seeger, Kreisvorsitzender

Dr. Olaf Kuhr, stellv. Kreisvorsitzender

\* Redaktioneller Hinweis: In gekürzter Fassung – kenntlich gemacht durch [...].

Landesfachgruppe Schulbehörden

# Digitalisierung! Digitalisierung?

Es gibt kaum etwas Schöneres, als zu Beginn des Herbstes durch die einsamen Alleen der Heide in Richtung Jeddigen zu fahren. Wenn man Glück hat, leuchten die Blätter der Bäume unter den Reflexionen der Sonnenstrahlen rot, gelb und golden und in allen nur denkbaren Schattierungen. Unwillkürlich denkt man „Indian summer“! Und fährt in freudiger Erwartung dem Tagungshotel zur jährlichen Delegiertenversammlung der Landesfachgruppe Schulbehörden entgegen, freut sich auf spannende Themen, angeregte Gespräche und anregende Menschen (im November 2022 ist es übrigens wieder soweit).

Ja, so war es früher, im Herbst des vergangenen Jahres war aber alles anders. Passend zum Thema musste die analoge Delegiertenversammlung als Folge der Inzidenzwerte einen Tag vorher abgesagt werden. Darum haben die Teilnehmenden in Zeiten von Corona in vorher nicht geglaubtem Ausmaß die Digitalisierung der Kommunikationsprozesse als goldenen Ausweg kennengelernt. „Entwicklung der Digitalisierung – Konsequenzen für Schulaufsicht und Beratung“ war deshalb das konsequente Thema nach fast zwei Jahren Sturzflug durch Corona-Einschränkungen und „Home-Schooling“. Und so ging der Flug mit hoher Geschwin-

digkeit von den grundsätzlichen Fragen „Was haben wir aus der Krise gelernt?“ hin zu den einfachen Fragen des Schulalltages „Datenschutz und Schulplattformen und Unterricht“.

Marina Weisband ([marinaweisband.de](https://www.marinaweisband.de)) beantwortet die Frage, was aus der Krise gelernt wurde, sehr klar. Gelernt haben viele vor allem, dass wir aufeinander bezogene soziale Wesen sind, die den sozialen Austausch brauchen. Digitalisierte Kommunikation kann das nicht ersetzen und Nutzer\*innen der digitalisierten Medien müssen von der Haltung der Konsument\*innen in die Position der Gestaltenden gelangen. Das gilt auch und insbesondere für Schule. Die Einschränkungen während der

Krise haben zu oft Menschen und insbesondere auch Jugendliche in eine passive, konsumierende Position gezwungen und dies ist auch oft noch durch die Form des vorgebliehen „Home-Schooling“ verstärkt. Die Aufgabe, wie digitalisierte Medien zu einer aktiven Rolle im Rahmen politischer Bildung genutzt werden können, steht im Mittelpunkt des von ihr angestoßenen Projekts „AULA“, über das Weisband informierte: ein Beteiligungskonzept, das Jugendlichen aktive Mitbestimmung an den Regeln und Angelegenheiten ihrer Schule oder einer außerschulischen Organisation ermöglicht. Dazu gehören eine Open-Source-Software, ein Unterrichtskonzept







und ein verbindlicher Vertrag mit der Schule. Die Software unterstützt dabei die Schüler\*innen, den Beteiligungsprozess zu strukturieren.

Dass die Digitalisierung der Verwaltung nicht – wie oft spöttisch behauptet wird – in der extensiven Nutzung von Excel besteht, machte der Vortrag des Leiters des regionalen Amtes für Schule und Bildung in Lüneburg, Martin Detmer, überaus deutlich. Er berichtete ausführlich und detailliert über die Ziele und Schritte der Digitalisierung der Ämter und hob auch die Einbettung in das Gesamtprojekt der Digitalisierung der Landesverwaltung hervor. Hier geht es nicht nur um Einspar-effekte, sondern auch um die Ge-

staltung der Schnittstellen. Konkrete Zeitvorgaben und Ziele setzen hohe Ansprüche und Erwartungen.

Anne Kilian und Jörg Addicks informierten über „Erkenntnisse aus einem Jahr Distanzlernen“. Und schon der Begriff macht vieles deutlich: Es ging in dieser Zeit nicht vorrangig um „(schulische) Lernprozesse“, sondern eher um Lernen in der Distanz zueinander unter der Annahme, dass es so funktionieren würde. Und für die Lehrkräfte und Schulen ging es zusätzlich um Bildungsplattformen, Datenschutz, Entgrenzung der Arbeit und Bildung, Didaktik und Partizipation. Sechs Thesen waren Grundlage der Gespräche in den Arbeitsgruppen und führten auch zu

einem intensiven Austausch. Zur Unterstützung sei an dieser Stelle auf die Broschüre „Digitale Kommunikation und Datenschutz in der Schule“ des GEW-Landesverbandes Niedersachsen verwiesen, die bereits in überarbeiteter Fassung vorliegt. Und auch der Abschluss der „Rahmendienstvereinbarung Digitalisierung“ aus der Arbeit des Schulhauptpersonalrats mit dem Ministerium ist dabei ein riesiger Schritt zu grundlegenden Regelungen für die Schule, die auch nach der aktuellen Corona-Krise erhalten bleiben sollen.

**Jürgen Hein/Red.**  
für die LFG Schulbehörden

# Inflationsausgleich auch für Rentner- und Pensionär\*innen

**Abgehängt und vergessen! So sah und sieht es noch heute für Rentner\*innen und Pensionär\*innen nach dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder und nach der Übertragung des Tarifergebnisses auf den Bereich der Beamt\*innen aus. Als Ausgleich für die Preissteigerung während der Corona-Pandemie vereinbarten die Tarifpartner, dass nur diejenigen einen Inflationsausgleich in Form einer Einmalzahlung erhalten sollten, die in einem aktiven Beschäftigungsverhältnis standen, und zwar unabhängig davon, ob sie überhaupt höchstpersönlich von den finanziellen Belastungen betroffen waren.**

Vor diesem Hintergrund hatten Ursula Themer, Regina Karbig und Rudi Aelker mit Unterstützung der Landesfachgruppe Senior\*innen zwei Dringlichkeitsanträge in die diesjährige Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im Mai eingebracht, die die volle Zustimmung der Delegierten und auch der anwesenden Landespolitiker Stefan Politze (SPD) und Christian Fühner (CDU) fanden.

Im Dringlichkeitsantrag Nr. 1 erhielt die GEW Niedersachsen den Auftrag, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufzufordern, gemeinsam eine neue Initiative zu starten, um die Niedersächsische Landesregierung dazu zu bewegen, Ruhegehaltsempfänger\*innen einen Lohnausgleich für die in der Pandemie gestiegenen Preise zu gewähren. So soll die GEW Niedersachsen Aktionen initiieren, in der die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages

vor der diesjährigen Landtagswahl dazu aufgerufen werden,

- a) Pensionär\*innen bei der Übertragung von Tarifergebnissen auf den Beamtenbereich zukünftig nicht mehr abzuhängen,
- b) den Ruhegehaltsempfänger\*innen einen angemessenen Ausgleich für die ihnen nicht zugestandene Einmalzahlung zu gewähren,
- c) aktive Beamt\*innen und Pensionär\*innen bei der Übertragung der Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes auf den Beamt\*innenbereich gleich zu behandeln,
- d) die Pensionär\*innen nicht mehr von den Jahressonderzahlungen auszunehmen.

Gleichzeitig soll die GEW Niedersachsen ihren Einfluss in allen einschlägigen Gremien geltend machen, damit auch die Bezieher\*innen von Renten im Rahmen der jährlichen Anpassungen den angemessenen Inflationsausgleich erhalten.

Gemäß Dringlichkeitsantrag Nr. 2 soll sich die GEW Niedersachsen überdies bei den DGB-Gewerkschaften und in der Tarifkommission dafür einsetzen, dass zukünftig in Tarifverhandlungen tabellenunwirksame Sonder-/Einmalzahlungen vermieden werden.

Tarifergebnisse, die steuerfreie und beitragsfreie Einmalzahlungen beinhalten (wie zum Beispiel die Corona-Sonderzahlung), sind nicht nachhaltig im Sinne einer dauerhaften Einkommenssicherung, sondern schaffen nur eine kurzfristige Beruhigung der Beschäftigten. Sie wirken aber nicht

auf die Folgejahre fort, haben demnach keinen Einfluss auf die Entgelttabellen und führen somit nicht zu einer dauerhaften Erhöhung von Gehältern, Renten, Bezügen und Ruhegehältern. Will man neben einer reinen linearen Erhöhung dauerhaft für mehr sozialen Ausgleich sorgen, dann sind unterschiedlich hohe Anpassungen in den Gehalts- und Besoldungsgruppen die bessere Wahl statt einheitlicher Sonder- beziehungsweise Einmalzahlungen.

Für die Rentner\*innen und Pensionär\*innen haben die Beschlüsse der LDK eine wegweisende Bedeutung. Wenn es nicht gelingt, die Forderungen umzusetzen, dann müssen sie befürchten, dass auf kaltem Wege eine weitere Niveauabsenkung bei Renten und Pensionen erfolgt. Die Zeichen stehen nicht gut: Nach dem Willen der Bundesregierung brauchen Rentner\*innen und Pensionär\*innen angesichts der erheblich gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise keine finanzielle Entlastung. Der Vorschlag von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Arbeitgeber sollen im kommenden Jahr eine steuerfreie Einmalzahlung zum Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten zahlen und Gewerkschaften im Gegenzug bei Tarifrunden auf einen Teil der Lohnsteigerungen verzichten, zielt ebenfalls in diese Richtung. Darauf sollten sich DGB-Gewerkschaften nicht einlassen.

**Rudi Aelker**

Mitglied im Vorstandsteam der Landesfachgruppe der Senior\*innen

## Veränderung durch Delegiertentagsbeschluss

# Aus Arbeitskreis wird Landesausschuss Queer



**Mit großer Mehrheit beschlossen die Delegierten der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im Mai die Einrichtung eines Landesausschusses Queer. Sie entsprachen hiermit einem von den Mitgliedern des ehemaligen Arbeitskreises Queer (AK Queer) gestellten Antrag.**

Gemäß Satzung der GEW Niedersachsen können nach Paragraph 28 zur Erledigung bestimmter Aufgaben von der LDK Ausschüsse eingerichtet werden. Einer entsprechenden Regelung der Satzung auf Bundesebene folgend, wurde bereits auf dem Gewerkschaftstag 2021 die Einrichtung des Bundesausschusses Queer beschlossen. Dies nahmen die Mitglieder des Arbeitskreises zum Anlass, auch auf Landesebene eine neue Organisationsform umzusetzen. Bereits seit 2015 existierte in Niedersachsen der Arbeitskreis Queer. In dem als Untergruppe des Referats für Frauen- und Gleichstellungspolitik

angesiedelten Arbeitskreis vernetzen sich seither Lehrkräfte, Erzieher\*innen, Sozialpädagog\*innen sowie weitere Mitglieder der GEW, um auf die besondere Lebens- und Arbeitssituation von Kolleg\*innen aus dem LSBTIAQ\*-Spektrum hinzuweisen so-

wie Benachteiligungen und Diskriminierungstatbestände abzubauen. Mit dem Beschluss der Einrichtung des Landesausschusses würdigten die Delegierten in beeindruckender Weise die engagierte Arbeit des AK.

**Frederick Schnittker**

## Herzlich willkommen!

Der Landesausschuss Queer der GEW Niedersachsen ist eine offene Gruppe. Wer Fragen hat, Termine für die nächsten Veranstaltungen erfahren oder inhaltlich mitarbeiten will, erreicht den Landesausschuss Queer über Roland Müller [rolamueller@gmx.de](mailto:rolamueller@gmx.de) oder Monika Brinker [MBrinker@gmx.de](mailto:MBrinker@gmx.de) oder den AK Queer Weser-Ems unter [info@gewweserems.de](mailto:info@gewweserems.de).

Zudem gibt es das Angebot von offenen Stammtischen:

In Braunschweig: jeden 2. Freitag im Monat

Termine und Kontakt unter <https://onkel-emma.org/gruppen/queerteachers>

In Göttingen: Kontakt: [QueerTeachers@gmx.de](mailto:QueerTeachers@gmx.de)

## Bezirksverband Braunschweig

# Schulungsbaustein Verwaltungssysteme

**Im Juni fand unter der Leitung von Cindy Höhne und Sven Radack von der GEW-Landesgeschäftsstelle Hannover in sehr angenehmer Atmosphäre eine Schulung zum Mitglieder-Verwaltungssystem „D’Org“ statt. Dabei wurde vormittags D’Org an sich behandelt und ab 13 Uhr das System „Mifo“ (speziell auf die jeweiligen Kreisverbände zugeschnitten).**

Die Veranstaltung richtete sich an Mitglieder in den Kreisverbänden, die in Verwaltungsfunktionen in der GEW tätig sind und mit den Systemen arbeiten.

Diese Schulung war die erste von vier Schulungen, die dann auch in den anderen Bezirksverbänden stattfinden werden. Alle Teilnehmenden haben Grundlagen und Umgang des Systems erlernt und waren von den Schulungsbausteinen sehr angetan, da diese den Bezirken und Kreisen helfen, sich intensiv um ihre Mitglieder zu kümmern.

„Wir möchten uns hiermit bei Cindy und Sven für die toll vorbereitete Schulung und die professionelle Beantwortung

der speziellen Fragen im Namen aller Teilnehmenden bedanken“, sagte der GEW-Bezirksvorsitzende Uwe Riske.





## Bezirksverband Lüneburg

# Neue Geschäftsstelle eingeweiht

**Mit einem fröhlichen Sommerfest eröffnete der Bezirksverband Lüneburg kürzlich seine neue Geschäftsstelle in Lüneburg (Bei der Ratsmühle 14) – mit coronabedingter zweijähriger Verspätung.**

Kurz vor den Sommerferien begrüßte die Vorsitzende Karina Krell zahlreiche Kolleg\*innen aus dem ganzen Bezirk, der sich über elf Kreisverbände von Lüchow-Dannenberg bis Cuxhaven erstreckt. Stefan Störmer, der als neugewählter Landesvorsitzender dem Bezirk einen ersten Besuch abstattete, brachte aktuelle Informationen aus Hannover mit. Auch die Lüneburger Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch war der Einladung gefolgt. Sie freute sich, dass der GEW-Bezirksverband, der den Namen „Lüneburg“ im Titel trägt, nun auch seine Geschäftsstelle in die Stadt Lüneburg verlegt hat. Die Bezirksvorsitzende Karina Krell

betonte die Vernetzung mit dem DGB und den anderen Gewerkschaften in Lüneburg, welche durch den Umzug von Moisburg nach Lüneburg gestärkt werden könne.

Bei kühlen Getränken, Fingerfood und Musik genossen die Kolleg\*innen den geselligen Austausch vor der Kulisse des historischen Wasserturms, gleich neben der GEW. Nach den Führungen durch die neue Geschäftsstelle waren sich die Besucher\*innen einig: Das kleine Eckhaus in der Lüneburger Innenstadt ist ein echter Glücksfall für den Bezirksverband! Trotz des norddeutsch stürmischen Wetters nutzen die meisten die Gelegenheit, den Wasserturm zu erklimmen und von der Aussichtsplattform aus einen Blick über die Lüneburger Skyline zu werfen (großes Foto). Auch die interaktive Ausstellung „Wasserturm trifft Nachhaltigkeit“ traf auf das Interesse der Kolleg\*innen.

Zur Sprache kamen zudem die drängenden Probleme an den Schulen. Die Bezirksvorsitzende und der Landesvorsitzende waren sich einig: „Das Land steuert auf eine katastrophale Unterrichtsversorgung zu“. Seit Jahren zeichne sich ein immer stärkerer Fachkräftemangel ab. Immer wieder habe die GEW gewarnt und Forderungen vorgebracht, um die Stellen attraktiver zu machen und mehr junge Menschen für einen schulischen Beruf zu gewinnen. Es sei aber so gut wie nichts passiert seitens der Landesregierung. Und so verabschiedeten sich die Mitglieder am Ende des Sommerfestes mit einer Verabredung: „So geht’s nicht mehr! Wir treffen uns wieder zur Demo am 5. Oktober in Hannover!“

**Karina Krell**  
Vorsitzende BV Lüneburg



*Oben links: Lüneburgs Skyline vom Dach des Wasserturms.*

*Rechts: Die neue Geschäftsstelle des GEW-Bezirksverbands neben dem Wasserturm.*

*Unten rechts: Das Vorsitzendenteam des GEW-Bezirksverbands Lüneburg begrüßt als Gast Lüneburgs Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch (v.l.n.r. Detlef Duwe, Karina Krell, Claudia Kalisch, Rani Benter).*

*Unten: Impressionen*



Foto: Urte Gräper



Fotos: Rebecca Brinkmann

## Kreisverband Hameln-Pyrmont

# Sommerfest und Ehrungen

Viele GEW-ler\*innen trafen sich Ende August in der schönen Atmosphäre der „Tündern`schen Warte“ in Hameln.



Foto: GEW

Ingeborg Wiesenthal und Petra Kottas wurden als Vorsitzende geehrt.

Der neue Schatzmeister Olaf Watermann stellte sich vor – und drei altgediente GEW-lerinnen wurden verabschiedet. Ingeborg Wiesenthal und Petra Kottas wurden für ihre unermüdliche Arbeit als Vorsitzende geehrt. Auch Irene Lehmann bekam ein kleines Dankeschön für ihre Arbeit. So hatte sie unter anderem als eine der ersten im Landkreis die soziale Arbeit auf den Weg gebracht. Trotz der Gewitterwarnung wurde an der frischen Luft geschlemmt, getrunken und teilweise getanzt. Die Gitarrenspieler der „Kussi-Weiss-Band“ spielten angenehme Rhythmen, die bei Jung und Alt gut ankamen. Freund\*innen aus der GEW

Hannover feierten mit den Mitgliedern des Kreisverbandes, zum Beispiel auch der Bezirksvorsitzende Peter Lilje.

Die Kreisvorsitzende Annette Hergraden erinnerte an Leistungen der GEW und bat die Anwesenden, an die Menschen zu denken, denen es nicht so gut geht. Anschließend wurden Gelder für die GEW-Stiftung Fair Childhood gesammelt. Bernhard Gelderblom wurde zudem für seinen großen Einsatz für die Einrichtung des Lernortes Bückeberg gedankt. „Trockenes Wetter, nette Leute, was will man mehr“, war das vielstimmige Fazit.

Kathrin Gröne

## Kreisverband Wolfenbüttel

# Musik liegt in der Luft: die interaktive Ausstellung „Music! Von Beethoven bis Beyonce“

Die Mitglieder des Kreisverbandes Wolfenbüttel trafen sich dieses Mal außerhalb der Lessingstadt im Braunschweigischen Landesmuseum, um hier Anregungen für den Unterricht sowie Besuchsmöglichkeiten mit Schulklassen zu erkunden.

Die Ausstellung „Music! Von Beethoven bis Beyonce“ übertraf die Erwartungen bei weitem. Die 30 Pädagoginnen und Pädagogen konnten in interaktiven Räumen mit Computerunterstützung auf vielfältige Weise selbstständig die Faszination der Musik erleben. Sie erfuhren, wie und warum Musik Teil unseres Lebens ist. Verdeutlicht wird das Zusammenspiel zwischen Ohr und Gehör, damit Musik und Töne wahrgenommen werden können. Die Lehrkräfte erlebten, wie es ist, mitten im Orchester zu sitzen und zu hören, was die Erste Violine oder das Horn hört. Filmmusik zu Harry Potter konnte variiert werden, um unterschiedliche Wirkungen auf

die Zuhörer\*innen zu erfahren, Musikstücke konnten eigenhändig komponiert und mit Tanzeinlagen versehen und anschließend an die eigene Mailadresse geschickt werden. Und natürlich durfte auch die Karaoke-Station nicht fehlen.

Insgesamt eine beeindruckende und abwechslungsreiche Darstellung der Welt der Musik, wobei die Exponate aktiv und kreativ von den Besucher\*innen und Besuchern erlebt und gestaltet werden können.

„Sowohl die Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrerinnen und Lehrer werden hier Anregungen mitbekommen, die weit über den Unterricht hinausgehen,“ fasste der Vorsitzende des Kreisverbandes Michael Bode unter Zustimmung der Teilnehmer\*innen die Erfahrungen mit der Mitmach-Ausstellung zusammen.

Die Ausstellung ist bis Ende des Jahres zugänglich.

Anmeldung und Informationen unter 0531 1225-2424 oder unter [www.3landesmuseen-braunschweig.de/kalender](http://www.3landesmuseen-braunschweig.de/kalender)

Dieter Renner



Foto: GEW

## Kreisverband Schaumburg

## GEW-Pensionär\*innen in „post-Brexit England“

Nachdem aufgrund der Corona-Pandemie 2020 und 2021 eine Reise nach Cornwall im äußersten Südwesten Englands verschoben werden musste, hatte eine Gruppe Pensionär\*innen des Kreisverbandes Schaumburg in diesem Mai nunmehr endlich Gelegenheit, diese auch in Deutschland beliebte Region des Vereinigten Königreiches zu besuchen.

Ihre Zelte hatte die Gruppe in der reizvollen Küstenstadt St. Ives im äußersten Südwesten der Halbinsel aufgeschlagen, wo man in Bed & Breakfast-Quartieren untergebracht war. Der Ort gilt wegen seiner Bucht, seiner besonderen Lichtverhältnisse und kulturellen Angebote (unter anderem zahlreiche Galerien, inklusive einer Außenstelle der Londoner Tate Gallery) trotz touristischen Andrangs zurecht als reizvoll.

Die Ruheständler\*innen nutzten die Stadt auch als Ausgangsort, um in selbst gefahrenen Kleinbussen die Umgebung mit ihren zahlreichen Sehenswürdigkeiten bei sonnigem Wetter näher kennenzulernen, was zahlreiche reizvolle Wanderungen entlang der beeindruckenden Küste einschloss. Dazu gehörte auch eine Erkundung der eher felsig-schroffen Nordküste mit Fischerorten wie Tin-

tagel, Padstow und Newquay (einem Surfer-Zentrum) und Land's End. Weitere Ausflüge führten zum spektakulären Minnack Theatre, einem in Fels gehauenen Theater mit Blick auf den Atlantik, zur Felseninsel St. Michael's Mount, der Lizard Halbinsel mit ihrem Leuchtturm und dem Eden Projekt, einer ambitionierten riesigen ökologisch konzipierten Gartenanlage.

Abseits der Ausflüge wurde in Gesprächen deutlich, dass der Brexit zwar nicht mehr das bestimmende Alltagsthema ist, dass seine Auswirkungen das Leben der Menschen jedoch durchaus beeinflussen. Bestimmendes Thema hingegen war weniger der Ukraine-Krieg, der medial im Gegensatz zur Bundesrepublik recht sachlich-nüchtern abgehandelt wird, als vielmehr die hohe Inflation in Form steigender (Energie-)Preise, deren Auswirkungen für einen großen Teil der Bevölkerung von einschneidender Bedeutung sind. Hier wurde deutlich, welche Auswirkungen die britische Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahrzehnte konkret hat. Zwar ist die statistische Arbeitslosigkeit gering und das Arbeitsplatzangebot groß, jedoch reichen die Arbeitseinkommen oftmals nicht aus, die drohenden inflationären Mehrkosten zu schultern, denn sie werden vielfach in einem

Niedriglohnsektor erzielt, der über Jahrzehnte hinweg unter dem Schlagwort Dienstleistungssektor geschafften wurde.

Den Schlusspunkt der knapp zweiwöchigen Reise bildete ein Kurzaufenthalt in dem eleganten historischen Kurort Bath, der vielfach als eleganteste Stadt Englands bezeichnet wird. Ein Titel, der sicherlich auch auf seiner besonderen landschaftlichen Lage und der architektonischen Geschlossenheit der historischen Bausubstanz der Stadt beruht.

Mit zahlreichen positiven Eindrücken im Gepäck erfolgte schließlich vom benachbarten Bristol aus der Rückflug ins heimatische Schaumburg.

Friedrich Lenz



Foto: GEW

## Kreisverband Rotenburg/Wümme

## Erstes Sommer-Event war ein voller Erfolg



Foto: GEW

Der Kreisverband Rotenburg/Wümme hat am 1. Juli 2022 zum ersten Mal in diesem Jahr ein Sommer-Event in Scheeßel veranstaltet.

Alle interessierten Mitglieder und Sympathisanten der GEW konnten sich vor der Sommerpause treffen und gemeinsam in den direkten Kontakt kommen. Lange konnten Kontakte nur in Video-Meetings und auf Distanz gepflegt werden.

Bei einer geführten Kräuterwanderung, bei der die Wald- und Wiesenkräuter der Region gezeigt und erklärt wurden, und anschließender Einkehr in einem schönen Gasthaus zum Grillbuffet konnten die Teilnehmer\*innen miteinander ins

Gespräch kommen und den lauen Sommerabend bei einem Gläschen beschließen.

Im nächsten Jahr wird das Treffen dann in einer anderen Region des Kreises stattfinden. In einer Zeit, in der vieles sich verändert, wird der Kreisverband der GEW in Rotenburg/Wümme solidarisch und nah weiterhin für die Mitglieder da sein. Darauf ist Verlass!

Frank-Michael Embers

# Fusion zweier Kreisverbände im Nordwesten

„Friesland“ heißt der neue Kreisverband, der aus dem KV Jever und dem KV Varel hervorgegangen ist. Die alten Kreisverbände, die noch die alte Organisationsform vor der kommunalen Kreisreform der 1970er Jahre des letzten Jahrtausends widerspiegeln, sind mit leichter Verspätung dem Beispiel gefolgt und haben sich zum KV Friesland vereint.

Auf der letzten Mitgliederversammlung des KV Jever nach Beginn der Corona-Krise stimmten alle Anwesenden GEW-Mitglieder der Fusion

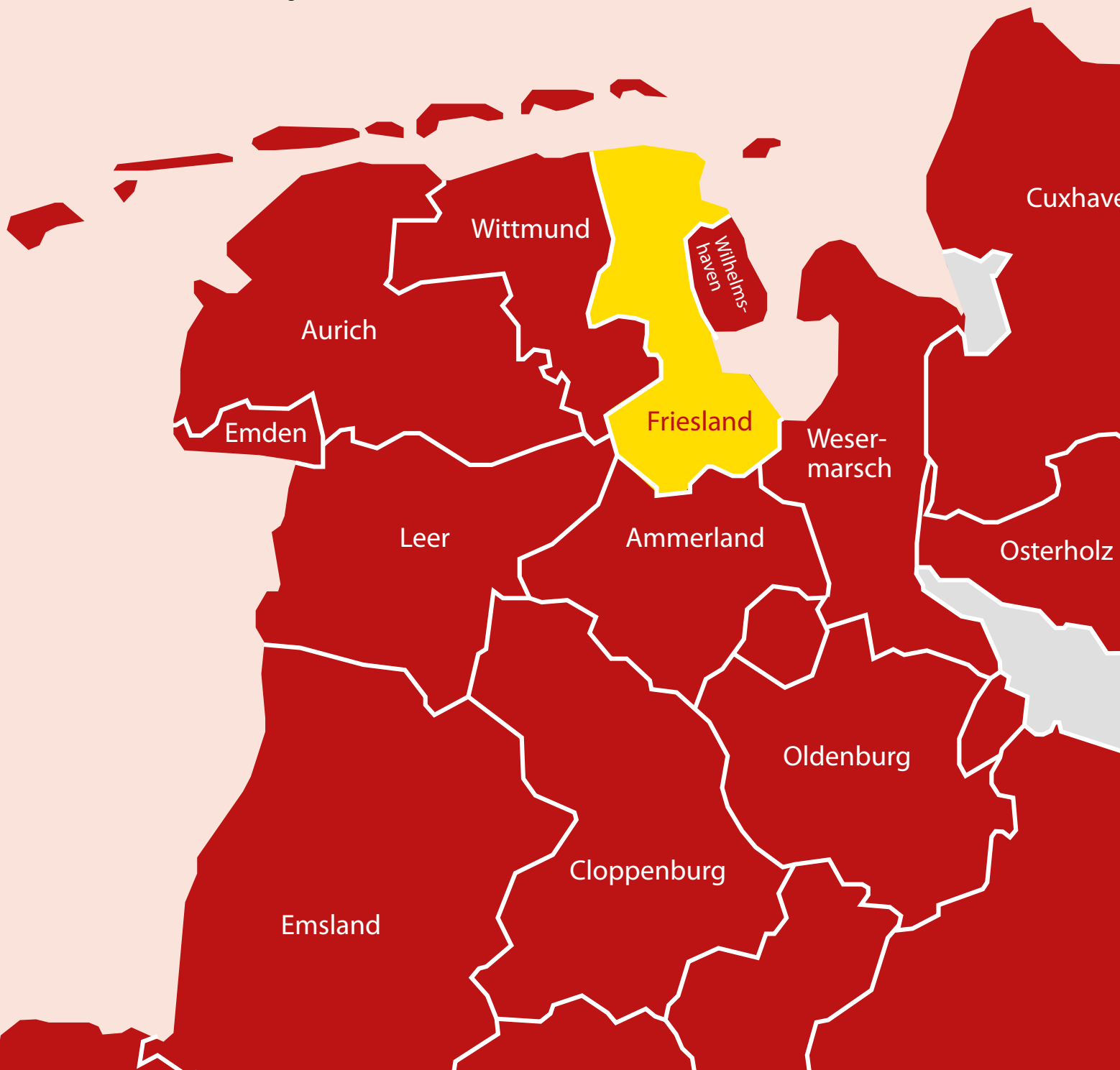
zu. Da der KV Varel schon seit Jahren von der GEW-Zentrale in Oldenburg verwaltet wird, wurde von dort „grünes Licht“ dafür gegeben.

Dieser Fusion voraus ging schon seit langem die Übernahme von Schulungen sowie die Einladung zu Veranstaltungen durch den KV Jever für die Kolleginnen und Kollegen des Südkreises (KV Varel).

Nun wurde in Anwesenheit des neuen Landesvorsitzenden Stefan Störmer und der kommissarischen Bezirksvorsitzenden Wencke

Hlynsdottir die Vereinigung vollzogen. Positiv ist auch, dass mit Sandra Bredemeier-Bruns eine Kollegin aus dem Südkreis des vereinigten KV als stellvertretende Vorsitzende gewonnen werden konnte.

Als weitere Veränderung wählten die Mitglieder die zuvor als stellvertretende Vorsitzende agierende Irka Sjuts zur neuen Vorsitzenden. Heiner Wegener rückte aus Gründen der bald anstehenden Pensionierung in die zweite Reihe als stellvertretender Vorsitzender.





## Rezension

# Putin – Ein Verhängnis

**Robert Misik, Journalist und politischer Schriftsteller, der sich in seinen zahlreichen Veröffentlichungen vor allem einen Namen als renommierter Globalisierungs- und Kapitalismuskritiker gemacht hat, beschreibt in seinem neuesten Buch das Regime eines rücksichtslosen Despoten, der Europa die Friedensordnung raubt, an die wir uns lange gewöhnt hatten. Und so nennt er ihn bereits im Titel seines Buches „ein Verhängnis“.**

Misik folgt in seinen Ausführungen weitgehend seiner zehnteiligen Blog-Reihe „Putin verstehen“, ohne dass aus ihm ein Putin-Versteher wird.

Wladimir Putin hat alle an der Nase herumgeführt, so Misiks Einschätzung eines Mannes, der in den neunziger Jahren als Demokrat galt (sogar „ein lupenreiner Demokrat“, glaubt man seinem langjährigen Vertrauten Gerhard Schröder), aber unwidersprochen seine Bewunderung für den chilenischen Diktator Augusto Pinochet zum Ausdruck brachte. Mit Trickserien ins Präsidentenamt Russlands gelangt, begann Putin, selbst ehemaliger Geheimdienstangehöriger, unverzüglich damit, sich einer Seilschaft hartgesottener KGB-Agenten zu bedienen, um mit ihrer Hilfe Russland in eine autokratische Despotie umzuwandeln. Die dabei zugrunde liegende Staatsphilosophie stützt sich auf einen autokratischen Führerkult, Patriotismus, den Glauben an ein wieder zu errichtendes Imperium und orthodoxe Spiritualität. Faschistische Denker, etwa Ivan Iljin, der bereits Hitler und Mussolini bewunderte, liefern dazu den „philosophischen“ Überbau. Putin spinnt dazu Netzwerke im Westen, um die Demokratien zu spalten. Sich selbst gefällt er in der Pose des harten Kerls und starken Mannes, der eine vulgäre Sprache benutzt und eine Rhetorik der Gewalt pflegt.

So zitiert Misik als Beispiel dieser Sprache und Ergebnis einer immer rasanter werdenden Radikalisierung Putins Ausspruch: „Jedes Volk, und insbesondere das russische Volk, wird immer die wahren Patrioten von dem Abscham und den Verrätern unterscheiden können, um diese einfach auszuspucken wie eine Mücke, die

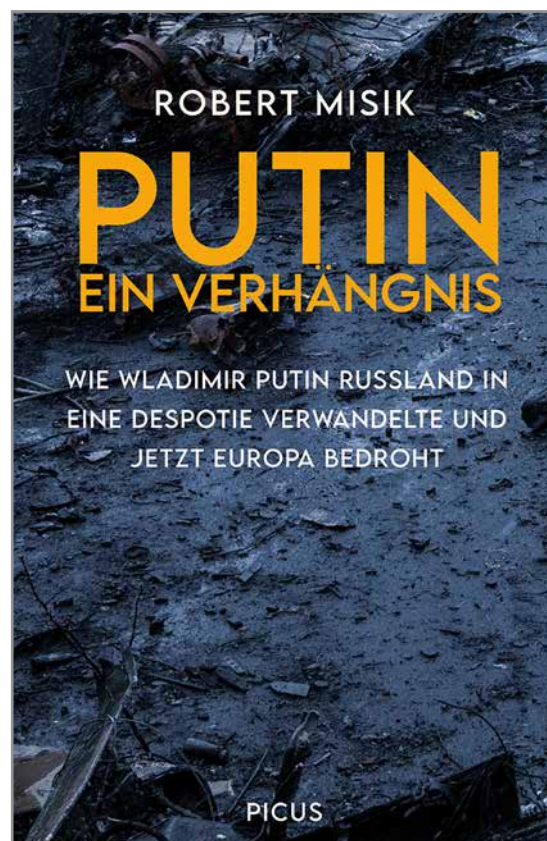
versehentlich in ihren Mund geflogen ist.“ Es ist die Sprache einer radikalisierten Säuberungspolitik – vergleichbar den Äußerungen des Chefanklägers in den berüchtigten Moskauer Prozessen der 1930er Jahre, der die Beschuldigten als „tollwütige Hunde“ bezeichnete, die erschossen gehörten. Bereits 2013 steigerte sich Putin anlässlich eines Treffens mit internationalen Russlandspezialisten in eine antiwestliche Tirade, in der er in reaktionärer Weise die dort gestattete Homosexualität schmähte.

Putin lebt für Misik in einer eigenen Welt, die er auf seine Art sieht, anders als wir. Er sieht sie mit den Augen des Geheimdienstlers, der überall Verschwörungen wittert, er sieht sich von Feinden umgeben und in den Sicherheitsinteressen seines Landes bedroht, er sieht Russlands Politik als konsistent an und die des Westens als in sich unlogisch. Er hat eine Rationalität, die anders ist als unsere. Seine historische Mission ist nach seiner eigenen Aussage, den Zusammenhalt des multinationalen russischen Imperiums zu sichern und verlorenes Territorium wieder zurückzugewinnen. Die dabei verwendete Propaganda schürt die narzisstische Kränkung, die aus der Niederlage im Kalten Krieg rührt, da sie suggeriert, Russland werde nicht mit Respekt behandelt. Die seit Jahren eingesetzte Rhetorik wirkt enthemmend und brutalisierend – für Misik eine Sprache, die man braucht, um Menschen dazu zu bringen, am Ende auch einen Völkermord zu begehen. Einerseits wird die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ in einer Dauerschleife beschworen mit der unterschwellig, aber unüberhörbaren Botschaft, vom kriegerischen Westen bedroht zu sein, andererseits wird mit der Aussicht auf eine eurasische Neuordnung von „Lissabon bis Wladiwostok“ das paranoid Bedrohungsgefühl in ein offensives imperiales Projekt gedreht.

Zwar habe der Westen Entwicklungen der Politik Putins wahrgenommen, aber letztlich bloß gehofft, dass es „schon nicht so schlimm kommt“. Einerseits sorgten die Finanzkrise, die Präsidentschaft Trumps, der Bre-

xit und die Krise des Umgangs mit Flüchtlingen für Ablenkung, andererseits wäre eine Konfrontationspolitik mit entsprechender militärischer Aufrüstung auch demokratisch nicht vermittelbar gewesen. Nach Misiks Einschätzung formiert sich unter Putins Herrschaft ein despotischer politischer Machtblock, der die Feinde der Demokratie bei uns unterstützt und mit seinen Trollarmeen und nützlichen Idioten versucht, die demokratischen Lebensweisen wo immer möglich zu destabilisieren. Misik ruft daher zur aktiven Verteidigung der Demokratie und der freiheitlichen Lebensweise auf, denn eines sei sicher: „Putin kennt keine Grenzen“. Es sei sicherlich beides wahr: Einerseits „Die Waffen nieder!“, andererseits die Lehre der Geschichte, dass gewaltgeneigten Autokraten nie durch gutes Zureden bezukommen ist, schon gar nicht, wenn man direkt von ihnen überfallen wird.

Dietmar Buchholz



Robert Misik  
 Putin. Ein Verhängnis  
 Picus Verlag Wien 2022, 175 Seiten, 20,00 Euro  
 ISBN: 3-7117-2131-0

Absolut lesenswert

## Neues vom Büchermarkt

**Ein gutes Jugendbuch zeichnet sich dadurch aus, dass es die Realitäten nicht ausblendet, weichzeichnet oder dermaßen beschönigt, dass die Geschichte unglaublich wird. Nicht alles darf gut ausgehen, aber hoffnungslos darf auch nicht alles enden. Ein gutes Jugendbuch sollte die jugendlichen Leser\*innen schrittweise auf das Leben mit all seinen Facetten vorbereiten, sensibilisieren und sie ermutigen, Stellung zu beziehen. Diese Gratwanderung fordert Autor\*innen heraus.**

Diese schwierige Gratwanderung ist den Autor\*innen in den folgenden, sehr lesenswerten Büchern gelungen. Ob das Thema Holocaust für Achtjährige überhaupt thematisiert werden kann und sollte, darüber kann und muss man diskutieren. Alle Bücher holen die Lesenden in ihrer eigenen Vorstellungswelt ab und nähern sich so den fremden Welten.

### Als die Welt uns gehörte

Liz Kessler erzählt in ihrem Buch die Geschichte der drei Freunde Max, Leo und Elisa. Diese feiern 1936 in Wien den neunten Geburtstag von Leo auf dem Prater. Es ist ein wunderbarer Tag. Die drei Kinder sind davon überzeugt, dass sie immer Freunde bleiben werden. An diesem Tag lernen sie durch Zufall auch ein englisches Touristenpaar kennen. Schon bald aber spüren die Kinder Veränderungen, ohne dass sie Antworten von den Erwachsenen

bekommen. 1938 zerbricht ihre heile Welt. Elisas Familie wandert aus Angst vor den Nazis nach Prag aus, wird später deportiert, niemand überlebt.

Leos Vater wird früh deportiert. Leo und seiner Mutter gelingt die Flucht nach England, die englischen Bekannten bürgen für sie.

Max' Vater macht Karriere in der SS und arbeitet erst im KZ Dachau und danach in Auschwitz. Auch Max wird glühender Anhänger der Nazis. Um seine Erinnerungen an seine jüdischen Freunde in Einklang bringen zu können mit dem, was er über Juden lernt, bastelt er sich gewagte Konstrukte. In Auschwitz kommt es zu einem Zusammentreffen zwischen ihm und Elisa.

Die Geschichte wird von den drei Protagonist\*innen abwechselnd erzählt. Dadurch entsteht eine packende Nähe zu ihren Schicksalen, ihren Gedanken, ihren Erlebnissen.

Der Roman ist durch die Biografie des Vaters der Autorin inspiriert. Er enthält „schwierige Passagen“, worauf die Autorin in einem Warnhinweis hinweist.

### Swing high

Auch die Jugendlichen in dem Roman „Swing high“ von Cornelia Franz wollen einfach nur ihr Leben leben, Spaß haben, feiern, Musik hören und von der Politik in Ruhe gelassen werden. Henri ist 15 Jahre alt, als er 1939 einen Besuch bei englischen Freunden

abbrechen muss, da die Eltern einen Kriegsausbruch befürchten. Auf der Reise lernt er die Jazzmusik kennen und lieben. Schon bald verändert sich sein Leben: In der Schule und im Alltag ecken er und seine Freunde an durch den Kleidungsstil, durch die Unlust, sich in der HJ zu engagieren, durch ihre Unangepasstheit. Henri scheint das alles zunächst optimistisch zu ignorieren, er will sich nicht anpassen. Verbotenes zu tun und sich nicht erwischen zu lassen scheint ein Spiel. Aber die Gegenspieler nicht, sie greifen massiv in das Leben der Jugendlichen ein. Einige werden eingezogen, müssen zum Arbeitsdienst, werden zum Spitzeln gezwungen oder von der Gestapo inhaftiert. Ohnmacht und Angst lösen Trotz, Albernheiten, Sarkasmus und Widerstand ab.

Die Autorin nutzt als Stilmittel eine geschickte Erzählstrategie. Auf schwarzen Seiten werden die Dialoge zwischen Henri und Robert aus der Haftzelle der Gestapo wiedergegeben. Hier zeigt sich der Wechsel zwischen Trotz, Angst und Ohnmacht komprimiert. 1941 werden die beiden Jugendlichen dort eingesperrt. 1953 werden sie sich wiedersehen. Viele aus der Clique der Swing-Jugend haben die Zeit nicht überlebt. Henris Liebe zum Swing konnten die Nazis ihm nicht nehmen. Die Vorgeschichte dieser Haft beginnt 1939 und wird chronologisch erzählt. Damals aktuelle Songzeilen sind kursiv gedruckt.



Im Nachwort erfahren die Leser\*innen erschreckende Fakten und Zahlen zu der Zeit.

### Zeit der Lügen

Eine ganz andere Perspektive auf die Zeit eröffnet der Roman von Monica Hesse „Zeit der Lügen“.

Durch diese Geschichte erfahren die Leser\*innen recht Unbekanntes über die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf die in den USA lebenden Deutschen und Japaner. Im August 1944 müssen über 3.000 Internierte in einem Lager in Texas leben, davon 2.000 Menschen mit japanischen Wurzeln und 1.000 mit deutschen Wurzeln. Die Männer mit japanischen Wurzeln standen unter Generalverdacht, Spione zu sein, die deutschstämmigen Männer wurden bei bestätigtem Verdacht inhaftiert. Familien konnten „freiwillig“ zur Familienzusammenführung in den Lagern leben.

Auch die 17-jährige Haruko und die 17-jährige Margot leben im Lager. Entgegen allen Regeln freunden sie sich an. Ihre aufkeimende Liebe bleibt chancenlos. Die Umstände trennen die beiden gewaltsam und ohne die Chance eines klärenden Gesprächs.

Das Lager, in dem die Geschichte spielt, existierte wirklich. Die Autorin beschreibt die Faktenlage sowie die Recherchen in einem Nachwort. Beide Mädchen erzählen die Geschichte als Ich-Erzählerinnen. Mal ergänzen sie sich, mal widersprechen sie sich dabei. Beide Schicksale zeigen, dass die Aufnahme eines normalen Lebens wie vor der Internierung nicht mehr möglich sein wird. Die Väter sind arbeitslos, das alte Zuhause gibt es nicht mehr, das Vertrauen in die Heimat ist zerstört, das Lagerleben hinterlässt Spuren, verändert Menschen und lässt Zukunftspläne platzen. Auch die amerikanischen Nachbarn und Freunde haben sich verändert. Das Lagerleben ist die Zeit der Lügen und der Verluste.

### Die Geschichte von Bodri

Kann man vom Holocaust in einem Bilderbuch erzählen? Hédi Fried erzählt sehr behutsam ihre eigene Geschichte. Bodri ist der Hund der Familie, die bis zur Deportation in einem kleinen Ort in Ungarn lebte, der heute zu Rumänien gehört. Die unbeschwerte Kindheit endet abrupt, als die Familie deportiert wird. Wie alle Hunde muss Bodri zurückgelas-

sen werden. Aber er steht als Symbol für Hoffnung, er gibt Kraft, denn die kleine Hédi hofft auch in schlimmsten Zeiten, ihren Hund wiederzusehen. Bodri wartet zu Hause und wird mit einem Wiedersehen belohnt. Unvorstellbare Grausamkeiten drückt die Autorin ganz behutsam aus. „Die Erwachsenen verschwanden“.

In einem Nachwort für Erwachsene erfahren wir, dass die Autorin und ihre jüngere Schwester den Holocaust überlebten und vom Roten Kreuz nach Schweden gebracht wurden. Ein Familienfoto zeigt ebenso wie die ersten Illustrationen die heile Welt vor dem Unheil, das durch dunkelblaue bis schwarze Farben verdeutlicht wird. Die Illustrationen zeigen mehr, als die Worte erzählen: Stacheldraht, Lagerkluft, geschorene Köpfe, fehlende Eltern.

Dies ist ein Bilderbuch, das bei den Kindern Fragen aufwirft, die Erwachsene behutsam beantworten müssen. Sie müssen auch erklären, dass nicht nur Hitler für alles direkt verantwortlich war, ohne die vielen Helfer\*innen, Aktiven und Mitläufer\*innen wäre die deutsche Geschichte sicher anders verlaufen.

### Weil wir träumten

In diesem Buch begleiten die Leser\*innen die 16-jährige Emma auf eine Reise nach Madagaskar. Emma ist seit ihrer Geburt schwer herzkrank, unzählige Tage verbrachte sie bisher im Krankenhaus, ihre Prognose ist schlecht. Die Krankheit macht sie einsam, nur das Lesen vertreibt die Langeweile. Sie wünscht sich, einmal in die „Mitte des Lebens“ zu reisen, das zu sehen, was die Reiseführer so schwärmerisch beschreiben, einmal

so zu leben, wie es andere Jugendliche können. Insgeheim hofft sie auch auf die erste Liebe. Ihre 80-jährige Urgroßmutter begleitet sie.

Bereits am ersten Tag lernt sie die gleichaltrige Madagassin Fy kennen, die in der Ferienanlage arbeitet, um den Lebensunterhalt für sich und ihr Baby bestreiten zu können.

Emma und Fy erzählen die Geschichte abwechselnd. Von Fy erfahren die Leser\*innen vom Leben der Einheimischen hinter den Kulissen: von Armut, Kinderarbeit, Ausbeutung, Leben unter dem Existenzminimum, Korruption, Geisterglaube und Tabus, aber auch Solidarität unter den Ärmsten.

Emma geht weit über alle Grenzen hinaus, als sie Fy helfen will. Sie erkennt: „Ich habe zu viel gesehen, zu viel erlebt in den letzten Tagen“. Aber zum ersten Mal lebt sie richtig und bereut nichts.

Die Autorin kennt Madagaskar. Sie betreut dort eine Schule. 1 Euro pro verkauftem Buch geht in die Stiftung „Kinder für die Zukunft e.V.“.

**Ulrike Fiene**

AJuM Niedersachsen



### Literaturangaben

*Liz Kessler: Als die Welt uns gehörte, ISBN: 978-3-7373-4256-8, Fischer Kinder- und Jugendbuch, 2022, 302 Seiten, 17,00 Euro, ab 12 Jahre*

*Cornelia Franz: Swing High. Tanzen gegen den Sturm, ISBN: 978-3-8369-6105-9, Gerstenberg 2022, 218 Seiten, 16,00 Euro, ab 14 Jahre*

*Monica Hesse: Zeit der Lügen, ISBN: 978-3-570-31430-2, cbj 2022, 297 Seiten, 10,00 Euro, ab 14 Jahre*

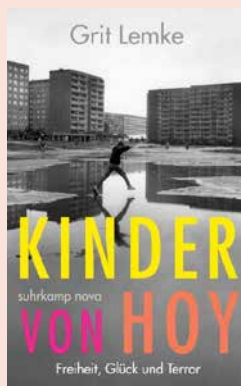
*Hédi Fried: Die Geschichte von Bodri, ISBN: 978-3-95939-203-7, Bohem Press Münster 2022, 40 Seiten, 15,00 Euro, ab 8 Jahre*

*Antonia Michaelis: Weil wir träumten, ISBN: 978-3-522-20277-0, Thienemann 2022, 248 Seiten, 18,00 Euro, ab 14 Jahre*

*Rezensionen zu diesen und anderen Büchern findet man unter [www.ajum.de](http://www.ajum.de). Die Optik der Datenbank wurde modernisiert. Einfach mal reinschauen!*

# LesePeter

Im Oktober 2022 erhält den LesePeter das Jugendbuch:



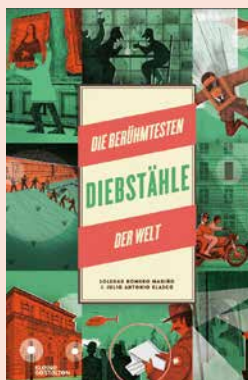
**Grit Lemke**  
**Kinder von Hoy**  
Suhkamp Verlag, Berlin 2021  
ISBN 978-3-518-47172-2  
255 Seiten – Klappenbroschur  
16 Euro – ab 17 Jahren

Der dokumentarische Roman zeichnet das Leben der in den Fünfziger- und Sechzigerjahren geborenen Generation von Hoyerswerda bis in die Gegenwart nach. Dies geschieht mit prägnanten Interviewaussagen und literarischen Kommentaren, die in poetische Sprache voller Lokalkolorit verfasst worden sind.



Die ausführlichen Rezensionen unter [www.ajum.de](http://www.ajum.de) (LesePeter)

Im November 2022 erhält den LesePeter das Sachbuch:



**Soledad Romero Marino**  
**Die berühmtesten Diebstähle der Welt**  
Kleine Gestalten, Berlin 2022  
63 Seiten – 19,90 Euro  
ab 10 Jahren

Ob Kunstraub, Bankeinbrüche oder Hackerangriffe – raffiniert ausgeklügelte Diebstähle faszinieren viele Menschen. Neun spektakuläre Fälle der Kriminalgeschichte sind Gegenstand dieses

Buches. Im Retro-Zeitungsstil wird äußerst anschaulich dargestellt, wie die Diebe vorgegangen sind und wie die Polizei den Tätern auf die Spur kam. Viele verblüffende Hintergrundinformationen sorgen für spannende Unterhaltung.





## Aktuelles aus der Personalrats- arbeit

### Aus den Personalräten

#### Rahmendienstvereinbarung verlängert

Die „Rahmendienstvereinbarung zur Nutzung von Lern- und Unterrichtsplattformen sowie Lern- und Kommunikationsanwendungen im Distanzlernen und Distanzunterricht (Nutzung von Cloudsystemen in Schule)“, die während der Pandemie zwischen dem Kultusministerium und dem Schulhauptpersonalrat (SHPR) abgeschlossen worden war, ist auf Initiative der Personalvertretung bis zum 31. Juli 2023 verlängert worden. Die Lehrkräfte sind ausdrücklich auf diese Dienstvereinbarung und ihre Veröffentlichung hinzuweisen. Sie enthält Regelungen zum Datenschutz, zur Nutzung von Lern- und Unterrichtsplattformen, zum Streamen von Unterricht sowie zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und zur Erreichbarkeit und gilt für alle vom SHPR vertretenen Beschäftigten in den Schulen.

#### Schüler\*innen aus Familien beruflich Reisender

Die Neufassung des Erlasses mit Anpassungen an die KMK-Vorgaben sowie der Ausbau der Nutzung digitaler Möglichkeiten führt zu einer Mehrbelastung der Fachberatung, aber auch der Stamm- und Stützpunktschulen, deren Entlastung allerdings weiterhin aussteht. Initiiert durch den SHPR hat das Kultusministerium aber zumindest die Anrechnungstunden für die Fachberatung bis 2024 um 30 erhöht, um die Einführung des digitalen Schultagebuches DigLu zu unterstützen.

#### Praxisnahe Empfehlungen für Fachkräfte an Schulen

Der Begriff „multiprofessionelles Team“ ist zwischenzeitlich aus bildungspolitischen Zusammenhängen nicht mehr wegzudenken und auch Kultusminister Tonne hat im Zusammenhang mit der schlechten Unterrichtsversorgung in letzter Zeit mehrfach betont, die vielfältigen Aufgaben des Lehr- und Lebensraums Schule bildete nicht mehr allein die Anzahl der Lehrkräfte-Ist-Stunden ab. Um die Zusammenarbeit der verschie-

denen Professionen zu unterstützen, hat das Kultusministerium nun die praxisnahen Empfehlungen „Multiprofessionelle Zusammenarbeit an öffentlichen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen“ veröffentlicht. Die knapp 90-seitige Handreichung befasst sich neben den Rahmenbedingungen und Grundsätzen der multiprofessionellen Zusammenarbeit auch mit Fragen der Unterstützung, Weiterentwicklung und Evaluation. Darüber hinaus bietet sie Praxisbeispiele sowie Hinweise zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten des Landes. Ergänzend sind zusätzliche Materialien entwickelt worden, die allein online abrufbar sind: <https://multiprofessionelle-zusammenarbeit.bip-nds.de>

#### Vereinfachtes Einstellungsverfahren im Quereinstieg

Alle Bewerber\*innen für den Quereinstieg sollen künftig nach einer Vorratsprüfung ein Einstellungsangebot erhalten. Im Falle eines positiven Prüfergebnisses soll vonseiten der schulfachlichen Dezernate ein informatives Kontaktgespräch geführt und dokumentiert werden. Sofern eine Einstellung nicht möglich ist, sind die Gründe für die Nichteinstellung darzulegen und gegebenenfalls andere Beschäftigungsmöglichkeiten im Schulsystem aufzuzeigen, zum Beispiel als pädagogische Fachkraft. Durch ein verändertes Einstellungsverfahren wurden schon in der Einstellungsrunde zum 22. August 2022 Bewerbungen von Quereinsteigenden für Stellen berücksichtigt, die zunächst in der ersten Auswahlrunde ohne Bewerbungen geblieben waren.

Fehlende Leistungspunkte (LP) zur Anerkennung eines Faches können nun bis zu 20 Punkte durch Erfahrungen in pädagogischen, lehrenden oder ausbildenden Tätigkeiten oder in dem fachlichen Bereich erbracht werden. Pro beschäftigten Monat sind zwei LP anzurechnen. Zusätzlich können bis zu fünf LP pro Fach aufgrund der dienstlichen Beurteilung des/der Schulleiter\*in erworben werden, soweit die Beurteilung auf Grundlage der Unterrichtsbeurteilung von mindestens zwei Unterrichtsstunden und einem Eig-

nungsgespräch mit einer Rangstufe zwischen A und C schließt.

Vorgesehen ist außerdem, die Anerkennung von Abschlüssen zu erweitern und schon beschäftigten Quereinsteigenden eine berufsbegleitende Qualifizierung zu ermöglichen.

Bisher nicht bewerbungsfähige Kandidat\*innen, deren Bewerbungsfähigkeit durch die geänderten Bedingungen möglich würde, sollen erneut kontaktiert und bei Interesse erneut geprüft werden.

## Unterrichtsversorgung der BBS

Die Unterrichtsversorgung der berufsbildenden Schulen lag im Schuljahr 2021/22 bei immer noch miserablen 92,8 Prozent (Theorie 93,1 Prozent und Fachpraxis 91,6 Prozent), erreichte damit aber zumindest das am wenigsten schlechte Ergebnis seit dem Schuljahr 2011/12. Bis Mitte des aktuellen Jahres wurden rund 300 Einstellungen realisiert; die Zahl der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst konnte um zehn Prozent gesteigert werden. Zu verzeichnen ist ein leichter, demografischen Ursachen geschuldeter Rückgang der Schüler\*innenzahlen. Um die damit verbundenen Auswirkungen auf die Klassengrößen zu steuern, wurde das Regionalmanagement als Steuerungsinstrument etabliert, das mit verschiedenen Beschulungsoptionen eine betriebs- und wohnortnahe Beschulung im Rahmen der dualen Berufsausbildung sicherstellen soll. (Pressemitteilung des MK vom 24. August 2022)

## Zielzahl der Unterrichtsversorgung: 98,5 Prozent

Minister Tonne hat im Rahmen seiner Schuljahresanfangs-Pressekonferenz ein durchaus ambitioniertes Ziel angesichts der eher düsteren Aussichten formuliert: Trotz der um rund 32.000 auf 875.000 gestiegenen Schüler\*innenzahl und noch fehlender Besetzung von gut 450 der 2.091 ausgeschriebenen Stellen zu Schuljahresbeginn (vor den Ferien hatte er noch von 2.290 Ausschreibungen gesprochen) will er zum Stichtag 8. September 2022 eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung um 1,1

Prozentpunkte auf 98,5 Prozent erreichen. Die GEW Niedersachsen zweifelte auf ihrer viel beachteten Pressekonferenz an, dass diese Zahl zu erreichen sei (siehe S. 4/5).

Neben den schon bekannten, aber bisher weitgehend wirkungslosen Maßnahmen des Lehrkräfte-Gewinnungs-Programms setzt das MK nun auf eine geplante Anhebung der Mehrarbeitsvergütung um 15 Prozent sowie eine Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze für Pensionär\*innen auf 150 Prozent.

## Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung

Das Kultusministerium hat im Rahmen einer Landtagsanfrage mitgeteilt, dass es einen Aufwuchs durch freiwillige Teilzeiterhöhung gegeben habe, der zu einem Ausgleich der angestiegenen Stundenreduzierung aus familiären Gründen beitrage. (LT-DS 18/11561)

## Ukrainischer Schüler\*innen – Update 2.0

Der Handlungsleitfaden mit Bildungsangeboten für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine, die allgemein bildende und berufsbildende Schulen besuchen, ist im August aktualisiert worden. Neben rechtlichen Fragen zu Schulpflicht und Unterricht enthält er Hinweise auf die Sprachförderung, Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten sowie zu den Einsatzmöglichkeiten von Ehrenamtlichen und zur Beschäftigung von geflüchteten Fachkräften.

## Broschüre statt Entlastungen der Arbeitszeit

Die neue Service-Broschüre des Kultusministeriums „Erleichterungen für Lehrkräfte der öffentlichen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen“ bietet auf rund 30 Seiten eine Sammlung von Anregungen, Vorschlägen und Kontaktadressen, wie und wo sich Handlungsoptionen bieten, die im Rahmen unveränderter Arbeitszeit zur Entlastung beitragen können sollen. Die Broschüre ist in sieben Abschnitte unterteilt und bietet Tipps zur Arbeit mit Schüler\*innen und Erziehungsberechtigten, zu Dienstzeit und Schulentwicklung sowie zur

Schulorganisation, zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und der Schule in Krisenzeiten mit den Unterkapiteln Corona und Ukraine-Krise. Die Broschüre stellt eine durchaus informative Zusammenstellung von praktischen Hinweisen und Unterstützungsmöglichkeiten dar, als Antwort auf die seit Jahren dringend eingeforderte Entlastung der Beschäftigten auf Grundlage der Daten der GEW-Arbeitszeitstudie oder als Ersatz des von Minister Tonne angekündigten Stufenplans zur Entlastung darf sie allerdings keinesfalls verstanden werden, weder von den politisch Verantwortlichen noch den Beschäftigten.

## Berufsbegleitende Qualifizierung

Rechtzeitig zu Schuljahresbeginn hat das Kultusministerium (MK) als Anhang einer Pressemitteilung eine Handreichung für die Qualifizierung der direkten Quereinsteiger\*innen in Schulen und Studienseminaren aktualisiert, ohne die damit in Zusammenhang stehenden erforderlichen erlasslichen Regelungen im Rahmen des personalvertretungsrechtlichen Mitbestimmungsverfahrens auf den Weg zu bringen. Der allein empfehlende Charakter aufgrund der fehlenden Rechtsverbindlichkeit wird in der Einleitung leider wie schon in der ursprünglichen Fassung nicht deutlich. Der SHPR hat umgehend die Mitbestimmung eingefordert und wird prüfen, inwieweit erneut personalvertretungsrechtliche Informations- und Beteiligungsrechte missachtet wurden.

Noch immer fehlt in Niedersachsen ein qualitativ und quantitativ an die konkreten Bedarfe der Quereinsteigenden angepasstes Qualifizierungskonzept und -curriculum. Zudem wird die Freistellung für die Teilnahme an den Fach- und Pädagogikseminaren sowie die Entlastung der Mentor\*innen der Schule von der Personalvertretung als deutlich zu niedrig erachtet. Trotz Hinweisen auf umfassendere Programme anderer Bundesländer hat sich das MK bisher in diesen Fragen als robust beratungsresistent erwiesen. Ob die nicht erreichte Quote der Einstellung von Quereinsteigenden bei den Ver-

antwortlichen nicht nur ein Umdenken hinsichtlich eines verschlankten Bewerbungs- und Einstellungsverfahrens, sondern auch bezüglich der Qualifizierungsmöglichkeiten bewirken kann, wird abzuwarten bleiben. (Pressemitteilung des MK vom 24. August 2022)

### **MK als familienfreundliche Arbeitgeberin geehrt**

Zum vierten Mal in Folge ist das Kultusministerium vom Kuratorium „berufundfamilie“ als „Arbeitgeberin mit besonderem und nachhaltigem Engagement zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben“ ausgezeichnet worden. Das Zertifikat umfasst den gesamten Geschäftsbereich, somit auch das NLQ und die RLSB, nicht jedoch die Schulen. (Pressemitteilung des MK vom 27. Juli 2022)

### **Regionale Kompetenzzentren für Lehrkräftefortbildung**

Im Rahmen einer Jubiläumsveranstaltung gratulierte Minister Tonne den elf regionalen Kompetenzzentren zum zehnjährigen Bestehen und dankte für deren Einsatz für die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Die weitere Zusammenarbeit zwischen dem Land und den regionalen Kooperationspartnern soll fortgesetzt werden; die Aktualisierung der Verwaltungsvereinbarung sei in Vorbereitung. (Pressemitteilung des MK vom 5. Juli 2022)

### **Neuordnung der Ferien könnte Winterferien ermöglichen**

In früheren Anhörungsverfahren war die Einführung von einwöchigen Winterferien in Niedersachsen noch abgelehnt worden. Nach wiederholten Forderungen von Erziehungsberechtigten und Schüler\*innen wurden vom Kultusministerium für die Schuljahre 2024/25 bis 2029/30 nun zwei Ferienordnungsentwürfe vorgelegt.

Berücksichtigt werden in den Entwürfen sowohl Brückentage vor oder nach Feiertagen sowie der Kirchentag, der 2025 in Hannover stattfindet und auf Schulen für Quartierzwecke zurückgreifen muss. Der Entwurf ohne Winterferien sieht weiterhin

zweiwöchige Herbstferien vor, der mit Winterferien verlängert die dreitägigen Halbjahresferien auf eine Woche und kürzt die Herbstferien entsprechend. Die Gesamtdauer der Schulferien eines Schuljahres beträgt einschließlich von zwölf Samstagen 75 Werktagen.

## **Bildungsnotizen**

### **Petition für bekenntnisfreie Schulen**

Dieter Galas, ehemaliger GEW-Landesvorsitzender und weiterhin aktiver Schulrechtsexperte, hat mittels einer Petition den Landtag aufgefordert, durch eine Schulgesetznovelle auch bekenntnisfreie Schulen zu ermöglichen, sofern der Schulträger zustimmt. Eine solche Schule würde keinen getrennten Religionsunterricht mehr anbieten müssen, sondern alle Schüler\*innen könnten im Fach „Werte und Normen“ gemeinsam unterrichtet werden, was der zunehmenden Säkularisierung und Pluralisierung der Gesellschaft Rechnung trüge. Eine entsprechende Schulgesetznovelle könnte zum Beispiel mittels einer Volksinitiative oder eines Volksbegehrens auf den Weg gebracht werden (siehe S. 14).

### **Abi-Durchschnitt unverändert**

Mit einem Notendurchschnitt von 2,38 ist der diesjährige Abi-Durchschnitt so gut wie im Vorjahr und erneut besser als vor der Pandemie. 6.672 der 30.106 zugelassenen Schüler\*innen erreichten die Note 1,0; 1.302 Schüler\*innen (4,3 Prozent) haben nicht bestanden. (Pressemitteilung des MK vom 13. Juli 2022)

### **Bücherkoffer für die Grundschulen**

Ab dem Herbst können 30 ausgewählte Grundschulen den „Bücherkoffer Niedersachsen“ mit jeweils zwölf mehrsprachigen, interkulturellen und inklusiven Kinder- und Bilderbüchern in bis zu 50 Sprachen nutzen. Das Konzept sieht vor, dass jede Woche ein\*e Schüler\*in den Koffer mit nach Hause nehmen kann. Die Auswahl der Schulen erfolgte

durch die Sprachbildungszentren und berücksichtigt insbesondere Schulen mit kultureller und sozialer Heterogenität. Im kommenden Schuljahr sollen 30 weitere Grundschulen dazukommen, sodass bis 2026/27 etwa 900 Klassen von dem Leseförderungsprogramm, für das in 2022 und 2023 insgesamt 200.000 Euro aus Mitteln der sogenannten „politischen Liste“ der Landesregierung veranschlagt sind, profitieren können. (Pressemitteilung des MK vom 24. August 2022)

### **Mathemator\*innen für Grundschulen**

Nach den Lesementor\*innen sollen nun auch Mathematikexpert\*innen aus dem Kreis von Ruheständler\*innen oder Erziehungsberechtigten an Grundschulen aktiv werden, um die mathematischen Kenntnisse der Schüler\*innen zu verbessern beziehungsweise zu vertiefen. Die für 2022 und 2023 jeweils zur Verfügung stehenden 140.000 Euro (der politischen Liste) können genutzt werden, um den Mentor\*innen Materialien zur Verfügung zu stellen oder die Kosten für die erforderlichen erweiterten Führungszeugnisse zu erstatten. Jede Schule kann innerhalb des Förderzeitrahmens bis zum 31. Dezember 2023 bis zu 700 Euro beantragen. Einen kostenfreien und online abrufbaren Einblick in die didaktischen Grundlagen des Faches Mathematik erhalten die Mentor\*innen über das Projekt „Mahiko“ des Deutschen Zentrums für Lehrerbildung Mathematik (DZLM). Weitere Unterstützung sollen die RLSB bieten. (Pressemitteilung des MK vom 24. August 2022)

### **Bundesrechnungshof kritisiert „Digitalpakt Schule“**

Presseberichten zufolge hat der Bundesrechnungshof im Rahmen eines Prüfberichts die Finanzierung des Digitalpakts kritisiert und eine Verlängerung abgelehnt. Kritikpunkte neben der Frage, warum der Bund 6,5 Milliarden für die schulische IT-Ausstattung ausbebe, obwohl die Finanzhoheit bei den Ländern liege, waren das Nachweisverfahren sowie die Verteilung der Mittel, die nicht



nach Bedarf, sondern nach festgelegtem Schlüssel erfolge. Da fehlende Kontrollrechte und Missstände nicht behoben werden könnten und Erfolge nicht messbar seien, sollte das Programm aus Sicht des Bundesrechnungshofes nicht verlängert werden. (Siehe unter anderem auch [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de))

### Mehr Schwimmkurse im Schuljahr 2022/23

Im laufenden Schuljahr stehen den Schulen 900.000 Euro (aus der politischen Liste) zur Verfügung, um den regulären Schwimmunterricht und coronabedingten Nachholbedarf durch außerunterrichtliche Schwimmangebote mit Kooperationspartnern zu ergänzen. (Pressemitteilung des MK vom 13. Juli 2022)

### Bildungsmonitor 2022

Der Bildungsmonitor der Arbeitgeber-Lobbyorganisation Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hat in diesem Jahr die Bedeutung und den Stand der Digitalisierung im Bildungswesen zum Schwerpunkt gemacht. Insgesamt werden von den Ökonom\*innen 13 Handlungsfelder bewertet und wie schon in den Jahren zuvor landete Bremen im Bestandsranking auf dem letzten Platz. In der Digitalisierung kann das Bundesland allerdings Erfolge nachweisen, da dort relativ häufig täglich mit digitalen Medien im Unterricht gearbeitet werde und es bei der Ausbildung von Informatiker\*innen bundesweit führend sei, womit es im neu eingeführten Bewertungsmaßstab „Digitalisierung“ Platz 1 erreicht habe.

Insgesamt wurden die Ergebnisse als alarmierend bewertet, da in den Bereichen Kompetenzen, Schulqualität und Bildungsgerechtigkeit Verschlechterungen zu verzeichnen seien. Lösungen sieht die Initiative in Vergleichsarbeiten in allen Jahrgängen, um Lernlücken nach Corona zu erfassen und Nachqualifizierungsprogramme zu entwickeln. Neben einem hochwertigen Ganztagsangebot seien außerdem 20.000 zusätzliche IT-Stellen an Schulen für den technischen Support und die Unterstützung der Lehrkräfte zu schaffen. Die INSM wurde 2000 vom Arbeitge-

berverband Gesamtmetall gegründet, strebt Deregulierung und Privatisierungen sowie eine Abschwächung klimapolitischer Ziele an.

### Schulverweigerung nach Corona

Auf Nachfrage der FDP teilte das Kultusministerium dem Landtag mit, dass es keine Daten über Schulverweigerung erhebt.

Im Pandemie-Schuljahr 2020/21 hätten 2.402 Schüler\*innen die allgemein bildende Schule ohne Abschluss verlassen; 1,13 Prozent weniger als im Vorjahr. Der LT-DS 18/11551 ist zudem als Anlage die Statistik der Schulabschlüsse nach Schulform beigefügt.

### Absenkung der Raumtemperatur für Schule und Kita

Die Verordnung der Bundesregierung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen, auch Kurzfristenergieversorgungsmaßnahmenverordnung – EnSikuMaV – genannt, nimmt Schulen und Kindertagesstätten vom Verbot der Beheizung von Gemeinschaftsflächen und der Festlegung von Höchstwerten für die Lufttemperatur in öffentlichen Räumen aus. Für Hochschulen gelten hingegen die Vorgaben, die ein Beheizen von Gemeinschaftsflächen untersagen und die Lufttemperatur für leichte und überwiegende sitzende Tätigkeiten auf höchstens 19 Grad Celsius reduzieren.

Dem Vernehmen nach sind aber erste Schulträger schon auf Bildungseinrichtungen zugekommen, um den Energieverbrauch zu senken. Beim Einsparen von Strom dürften vermutlich auch die Luftfilteranlagen in den Blick geraten, die zurzeit noch aus dem Förderprogramm der Bundesregierung angeschafft werden können, um das Corona-Infektionsrisiko zu minimieren.

### Resilienzprojekt des LaT

Der Landesverband Theaterpädagogik Niedersachsen (LaT) hat ein theaterpädagogisches Projekt für Schüler\*innen der vierten oder fünften Klasse entwickelt, das aus acht Unterrichtsstunden besteht. Zugrunde liegt ein kindgerechtes

Resilienzmodell, welches aus sechs sogenannten „Superkräften“ wie zum Beispiel Selbstfürsorge und Optimismus besteht. Das Projekt kann von Theaterpädagog\*innen und/oder von Lehrkräften durchgeführt werden. Materialien und weitere Informationen sind auf der Homepage zu finden: [www.lat-niedersachsen.de/resilienzprojekt](http://www.lat-niedersachsen.de/resilienzprojekt).

### Angebote der Akademie für Leseförderung Niedersachsen

Das aktuelle Fortbildungsprogramm der Akademie für die zweite Jahreshälfte ist online zu finden. Neben Fortbildungen und der Vermittlung von Referent\*innen bietet die Homepage auch Wissenswertes zur Leseförderung für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung an. Das Angebot richtet sich unter anderem an Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte, aber auch an in der Leseförderung tätige Ehrenamtliche, und ist zu finden unter [www.alf-hannover.de/veranstaltungen/programm](http://www.alf-hannover.de/veranstaltungen/programm).

### Autor\*innen in der Schule

Der Friedrich-Bödecker-Kreis Niedersachsen hat das Projekt „Autor\*innen in der Schule“ für die Jahrgänge 5 bis 12 wieder aufgenommen. Professionelle Kinder- und Jugendbuchautor\*innen kommen für zweitägige Schreibwerkstätten an die Schulen. Bewerbungsschluss ist der 27. September 2022: [www.fbk-niedersachsen.de](http://www.fbk-niedersachsen.de).

[www.gew-nds.de/bildungsnotizen](http://www.gew-nds.de/bildungsnotizen)

# „Fiedi“ Wißmann – Gewerkschafter und Bildungsreformer



Am 28. Juni 2022 ist unser Oldenburger Kollege Prof. Dr. Friedrich Wißmann, von Freund\*innen und Kolleg\*innen kurz „Fiedi“ genannt, knapp vier Monate vor seinem achtzigsten Geburtstag gestorben. Von 1977 bis 1983 gehörte er als Leiter des Referates B (Bildungs- und Erziehungswesen) dem Geschäftsführenden Vorstand der GEW Niedersachsen an. Nach sechs Jahren folgte ihm der spätere Landesvorsitzende Richard Wilmers in dieser Funktion. Fiedi engagierte sich danach gewerkschaftlich mehr als drei Jahrzehnte vor allem in der Stiftung Schulgeschichte des GEW-Bezirksverbandes Weser-Ems. Anliegen und Aspekte demokratischer Schulreformen bildeten auch die Schwerpunkte seiner beruflichen Arbeit. Ab 1970 war er an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg aktiv; von 1973 bis 2008 lehrte und forschte er am Institut für Pädagogik der Uni-

versität Oldenburg (ab 1991 Carl von Ossietzky Universität Oldenburg). Dort widmete er sich besonders der regionalen Schulgeschichte, der Analyse und Verbreitung der Ideen des 1776 in Oldenburg geborenen Pädagogen, Philosophen und Psychologen Johann Friedrich Herbart sowie der Etablierung des Studienganges Jüdische Studien.

Verheiratet war er mit Gisela Bier-Wißmann, die langjährig als Vorsitzende der GEW-Landesfachgruppe Grund- und Hauptschulen, als Mitglied und schließlich Vorsitzende des Schulhauptpersonalrates beim Niedersächsischen Kultusministerium und als Schuldezernentin im Bezirk Weser-Ems gearbeitet hat. Sie teilte Fiedis Engagement für Schulreformen und seine Leidenschaft für den Segelsport. In Nachrufen haben viele seiner Freund\*innen und Kolleg\*innen seinen Humor, sein fröhliches Wesen, seine Bodenständigkeit und seine große Hilfsbereitschaft hervorgehoben. Dem kann auch ich mich nur anschließen. Wir lernten uns kennen, als er in der Landesvertreterversammlung 1979 in Braunschweig zum zweiten Mal zum Referatsleiter gewählt wurde und ich mich als neuer Gewerkschaftssekretär des Landesverbandes vorstellte. Es dauerte nicht lange, bis wir unsere Übereinstimmung in vielen Fragen und Überzeugungen feststellten und als „Plattdeutsche“ dazu übergingen, plattdeutsch miteinander zu reden. Ich werde niemals vergessen, dass er mich Ende 1979 einlud einige Tage bei ihm in Oldenburg zu verbringen, als es mir nach gescheiterten Beziehungen

nicht sonderlich gut ging, und er mir dann den dringenden freundschaftlichen Rat gab: Kiek na vörn; upwarmt schmeckt blos Greunkohl. Es fiel nicht leicht, aber er hat Recht behalten.

Gewerkschaftlich gab es auch in Bildungsfragen in seiner Zeit als Referatsleiter eine Menge zu tun. Konservative und Rechtsliberale versuchten mit Parolen und Thesen zu „Mut zur Erziehung“, zur Bundeswehr als „Schule der Nation“ die pädagogische Debatte zurückzudrehen, Emanzipation schlechthin als Fehlentwicklung zu denunzieren und wieder biologistische Begabungstheorien zur Rechtfertigung schulischer Abgrenzungen zu propagieren. Dagegen wandte Fiedi sich mit Entschiedenheit, verurteilte auch jedwede Militarisation der Schule und des Denkens und organisierte angesichts der damaligen Debatten um „Nachrüstung“ zum Antikriegstag 1982 einen Friedenskongress in Oldenburg. Die GEW und die Uni Oldenburg haben ihm viel zu verdanken.

Richard Lauenstein



# Termine



## Informations- und Diskussionsveranstaltung

### Überwachung – Berufsverbote – Angriff auf die Demokratie

**Mittwoch, 12. Oktober, 19 Uhr**

Veranstaltungszentrum Rotation in den ver.di-Höfen, Goseriede 10, 30159 Hannover

Mit: **Martina Dierßen**, Rechtsanwältin, Leiterin der Rechtsabteilung und Justitiarin beim ver.di-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen. Mitautorin der Standardwerkes „Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz“.

**Sebastian Friedrich**, Journalist, Fernseh- und Rundfunkautor (unter anderem Medienmagazin Zapp, ARD-Magazin Panorama, NDR Kultur, Wochenzeitung Der Freitag). Buchveröffentlichungen: „Die AfD“, „Neue Klassenpolitik“, „Der NSU in bester Gesellschaft“. Rechtswidrig wurde ihm 2017 vom Bundespresseamt während des G20-Gipfels in Hamburg die Akkreditierung entzogen.

Niedersächsische Initiative gegen Berufsverbote, GEW Region Hannover, Bildungswerk ver.di, Rosa-Luxemburg-Stiftung, VVN/BdA Niedersachsen, Rote Hilfe Hannover und andere

---

## Sitzung

### Konstituierenden Sitzung des Ausschusses „Courage gegen Rechts“

**Samstag, 5. November 2022, 11 Uhr**

GEW-Landesgeschäftsstelle, Berliner Allee 16  
30175 Hannover

Auf der Landesdelegiertenkonferenz im Mai wurde mit sätzungsändernder Mehrheit beschlossen, der bisherigen Kommission (aka AG) „Courage gegen Rechts“ den Status eines Landesausschusses zuzuerkennen.

Auf der Konstituierenden Sitzung werden sowohl eine Satzung verabschiedet als auch eine Vorsitzende/ein Vorsitzender sowie bis zu drei stellvertretende Vorsitzende gewählt. Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Landesverbandes.

Anmeldungen bitte bis spätestens 28. Oktober 2022 an:  
[ralfbeduhn@gmx.de](mailto:ralfbeduhn@gmx.de)

## Tagung

### Angestellte – verbeamtete Fachpraxislehrkräfte. Wie sieht es im Detail aus?

**Dienstag, 8. November 2022, 9.30 bis etwa 16.30 Uhr**

Jugendherberge Oldenburg, Straßburger Straße 6, 26123 Oldenburg, Telefon 0441/87135, [www.jugendherberge.de/jugendherbergen/oldenburg-770/portraet](http://www.jugendherberge.de/jugendherbergen/oldenburg-770/portraet)

#### Tagesordnungspunkte

Angestellte und Beamt\*innen in der GEW

Referentinnen: Rita Vogt – GEW Bezirk Weser-Ems Referat Tarifpolitik

Heike Baldauf – GEW Niedersachsen Referat Tarif- und Beamtendenpolitik

Was muss beachtet werden: Rente im Vergleich zu Pension  
Referentinnen: Heidemarie Schuldt, GEW Niedersachsen Geschäftsführerin und Rechtsanwältin

Evelin Freundt, GEW Niedersachsen Rechtsanwältin

Berichte

- Ausschuss Fachpraxislehrkräfte
- Neues aus dem LV Berufsbildende Schulen (Fachpraxislehrkräfte Ricarda Knopf und Ilona König)

#### Verschiedenes

Nichtmitglieder sind gern gesehene Gäste (Kosten bitte erfragen)!

Fahrt- und Parkkosten werden nicht erstattet.

GEW-Mitglieder können Kinderbetreuungskosten auf Antrag erstattet bekommen.

Verbindliche Anmeldung bis zum 25. Oktober 2022 unter [fachpraxis@gewweserems.de](mailto:fachpraxis@gewweserems.de)

Bitte die tagesaktuellen Hygienevorschriften der Jugendherberge beachten!

Parkmöglichkeiten: Parkhaus am Bahnhof, Parkplatz der EWE Arena und Weser-Ems Halle

Sonderurlaub für gewerkschaftliche Zwecke bitte umgehend beantragen!

---

## Tagung – Fachgruppe Sonderpädagogik

### Fortbildungstagung

**Donnerstag, 3. November 2022, 10.30 bis 12.30 Uhr**

Hotel Jeddinger Hof, Heidmark 1, 27374 Visselhövede

Kolleginnen und Kollegen aller Schulformen sind herzlich eingeladen zum Vortrag von Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani (Universität Osnabrück), Thema Inklusion – Leben und Lernen in Vielfalt (der Referent wird online zugeschaltet).

Wir wollen in der Veranstaltung unserer Fachgruppe mit Prof. Dr. El-Mafaalani darüber ins Gespräch kommen, welche Auswirkungen Rassismus in der Mitte der Gesellschaft in unseren Schulen hat.

Anmeldungen bitte unter: [t.teubler@gew-nds.de](mailto:t.teubler@gew-nds.de) (Online-Teilnahme ist möglich)

Bezirksverband Lüneburg  
Arbeit und Leben e.V.

77. Pädagogische Woche des Bezirksverbandes Lüneburg der  
GEW in Cuxhaven-Duhnen vom 7. bis 11. November 2022

## Bildung in der Krise

### Montag, 7. November, 15 Uhr

Eröffnung der Pädagogischen Woche  
Grüßworte

Eberhard Brandt (ehemaliger Landesvorsitzender der GEW Niedersachsen): „Finanzielle und personelle Notlage des Schulsystems in Niedersachsen“

### Dienstag, 8. November, 9 Uhr

Dr. Christopher Brinkmann (Lehrer an einer Fachhochschule für Erzieher\*innen in Berlin, Gründungsmitglied der Initiative „Pädagog\*innen for Future“): „Wie kommen wir in eine global gerechte, sozial-ökologische Zukunft?“

### Mittwoch, 9. November, 9 Uhr

Dr. Olaf Groh-Samberg (Professor am SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Universität Bremen): „Soziale, kulturelle und ökonomische Ungleichheiten von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft“

### Mittwoch, 9. November, 20 Uhr

Kabarett mit Anny Hartmann: „Klima Ballerina“

### Donnerstag, 10. November, 9 Uhr

Mira Telscher (wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen): „...dass man einfach 'nen ganz anderen Blick auf die Kinder hat! – Zum Selbstverständnis inklusionspädagogisch qualifizierter Lehrkräfte“

### Donnerstag, 10. November, 20 Uhr

Filmabend: „Freie Schulen im Visier der extremen Rechten“ von Andrea Röpke

### Freitag, 11. November, 9 Uhr

Dr. Rainer Mausfeld (em. Professor an der Universität Kiel): „Demokratie, Erziehung und Menschenbild“

Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag finden zu den Tagungsthemen zahlreiche Arbeitsgruppen in der Zeit von 14 bis 18 Uhr statt. Das Tagungsprogramm ist seit dem 13. September 2022 auf der Homepage des GEW-Bezirksverbandes Lüneburg als Download veröffentlicht: [www.gew-bvlueneburg.de](http://www.gew-bvlueneburg.de)

Schulen im Landesschulbehördenbezirk Lüneburg erhalten ein kleines Kontingent von gedruckten Exemplaren per Post zugestellt. Eine Anmeldung für die Teilnahme an den Arbeitsgruppen ist bis 14. Oktober 2022 nötig! Es ist auch möglich, sich nur für einzelne Tage der PäWo anzumelden. Das Tagungshotel bietet für die Teilnehmenden Unterkunft zum Tagungspreis an. Wir empfehlen von diesem Angebot Gebrauch zu machen. Buchungen müssen selbst veranlasst werden und können nicht über Buchungsportale gebucht werden.

Die Pädagogische Woche findet statt im „Hotel Seelust“ in Cuxhaven-Duhnen, Cuxhavener Str. 66, Tel.: 04721/ 402-0, Fax: 04721/402-555, [www.hotel-seelust-duhnen.de](http://www.hotel-seelust-duhnen.de)

COVID-19-bedingte Hygienevorschriften werden eingehalten.

## Termine



Bezirksverband Braunschweig  
Fachgruppe Sonderpädagogik

## Mitgliederversammlung

### Donnerstag, 10. November 2022 von 17 bis 19 Uhr

Restaurant Gala Hof bei Nico in Salzgitter-Salder

Delegiertenversammlungen sollten nach der Satzung der GEW den Mitgliedern die Möglichkeit eröffnen, Kolleginnen und Kollegen ihres Vertrauens aus den Förderschulen zu den Versammlungen zu entsenden, damit diese dort die Meinung der GEW-Mitglieder ihrer Schule einbringen können. Durch immer mehr Einsatzorte im inklusiven Kontext und die daraus resultierenden Abordnungen ist es schwieriger geworden, miteinander in Kontakt zu kommen und im Gespräch zu bleiben. Delegiertenversammlungen haben sich für unsere Fachgruppe deshalb als nicht mehr zeitgemäß erwiesen.

Aus diesem Grund hatte die Fachgruppe Sonderpädagogik im Bezirksverband Braunschweig im Mai 2019 erstmalig eine Mitgliederversammlung statt der bisherigen Delegiertenversammlung durchgeführt.

Im Jahr 2021 konnte aufgrund der Corona-Lage keine Mitgliederversammlung stattfinden, so dass sie hoffentlich in diesem Jahr stattfinden kann.

Vorschläge für die Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Informationen aus der Landesfachgruppe Sonderpädagogik – Vortrag und Diskussion mit Holger Westphal
5. Bericht des geschäftsführenden Vorstandes
6. Entlastung des Vorstandes
7. Verabschiedungen
8. Wahlen
  - 8.1 Geschäftsführender
    - 8.1.1 Vorsitzende/Vorsitzender
    - 8.1.2 Stellvertreter\*in
    - 8.1.3 Schriftführer\*in
    - 8.1.4 Kassenwart\*in
    - 8.1.5 Kassenprüfer\*in (2)
  - 8.2 Erweiterter Vorstand Vertreter\*innen der Arbeitsschwerpunkte:
    - 8.2.1 Gemeinsamer Unterricht
    - 8.2.2 Beratung und Unterstützung
    - 8.2.3 Förderzentrum
    - 8.2.4 Aus- und Fortbildung
9. Anträge
10. Verschiedenes

Anmeldungen für die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Sonderpädagogik werden für eine gute Vorbereitung gerne entgegengenommen unter:

[christina.ohnesorge@gew-braunschweig.de](mailto:christina.ohnesorge@gew-braunschweig.de).



## Arbeitskreis Queer

Der Arbeitskreis (AK) „Queer“ im Frauen- und Gleichstellungsreferat des GEW-Bezirksverbandes Lüneburg sucht weiterhin Mitstreiter\*innen und Interessierte.

Gespräche mit betroffenen Beschäftigten an Schulen und mit Schüler\*innen machen deutlich, dass die Thematik rund um geschlechtliche und sexuelle Vielfalt an vielen Schulen auf ein breites Interesse stößt. Deshalb lädt der AK alle Interessierten zu einem offenen Austausch ein. Die Aktiven wollen mitwirken, lösungsorientiert möglichen Konflikten an Schulen vorzubeugen.

Das nächste Treffen soll in Cuxhaven stattfinden, im Zeitraum der Pädagogischen Woche dort. Alle GEW-Mitglieder des Bezirksverbandes erhalten eine persönliche Einladung. Interessierte sollten sich aber schon jetzt den **10. November** im Kalender markieren – das Treffen in gemütlicher Runde ist dort **um 19 Uhr** im Anschluss an das Tagungsprogramm vorgesehen.

Thomas Lange und Frank-Michael Embers

## Wichtige Mitgliederdaten

Die Höhe des Mitgliedsbeitrags richtet sich nach der Höhe des individuellen Gehalts beziehungsweise der individuellen Besoldung. Einzelheiten dazu finden sich in der aktuellen Beitragsordnung unter [www.gew-nds.de](http://www.gew-nds.de). Dort gibt es auch einen Beitragsrechner und weitere Informationen.

Wenn Gehälter und Bezüge steigen, dann steigt auch der Beitrag im gleichen Verhältnis. Die entsprechende Veränderung beim Einzug der Mitgliedsbeiträge erfolgt zeitlich parallel dazu. Der Beitrag kann nur dann korrekt festgelegt werden, wenn rechtzeitig über Veränderungen (Ende des Referendariats, Veränderung der Teilzeit, Elternzeit, Eintritt in den Ruhestand, ...) informiert wird. Eine schnelle Information der Mitgliederverwaltung ist auch deshalb von Bedeutung, weil zu viel bezahlte Beiträge rückwirkend maximal nur für das laufende und ein weiteres Quartal erstattet werden können.

Auch die Meldung neuer Anschriften und Veränderungen hinsichtlich der Dienststelle sind wichtig, damit Informationen und Einladungen regional passend und entsprechend der Fachgruppe zugeschickt werden können.

Bitte für das Anzeigen von Änderungen das Formular im Mitgliederbereich auf der Homepage nutzen oder die entsprechenden Informationen per Mail senden an: [mitgliederverwaltung@gew-nds.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-nds.de)

## Anzeigen




**SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING**  
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

### Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundung engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)  
[www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de)





## Erste Hilfe.


## Selbsthilfe.

brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe  
Mitglied der actalliance



[sea-watch.org/spenden/](http://sea-watch.org/spenden/)

## Sea-Watch.org RETTEN STATT REDEN

SEENOTRETTUNG AN EUROPAS GRENZEN



Sea-Watch e.V. · BIC: BFSWDE33BER  
IBAN: DE77 1002 0500 0002 0222 88





WIR BESIEGEN BLUTKREBS



Kennst Du das,  
Schnellst  
auf jemanden  
zu warten?

Viele Blutkrebspatienten auch.

rette Leben und registrier' Dich auf [dkms.de](http://dkms.de)  
 Mund auf. Stäbchen rein. Spender sein!

Ihre Anzeige in der **E&W**  
**Erziehung und Wissenschaft**

[www.erziehungundwissenschaft.de](http://www.erziehungundwissenschaft.de)

oder rufen Sie uns an:  
0201 / 843 00 - 32



GEW-Demonstration am 5. Oktober 2022 in Hannover

# „Da fehlt doch wer?!“ – SO GEHT`S NICHT MEHR!

**Start:** 15.30 Uhr am Weißekreuzplatz beim Hbf  
**Kundgebung:** Ab 17 Uhr vor der Staatskanzlei (Planckstraße)

[www.gew-nds.de/gew/5oktober](http://www.gew-nds.de/gew/5oktober)

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Niedersachsen **GEW**

GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Tel. 0511/33804-0, E-Mail: [email@gew-nds.de](mailto:email@gew-nds.de), V.i.S.d.P.: Arne Karsisch, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.